

Herausgeber

Professor Dr. Dr. Eric Hilgendorf, Würzburg
Professor Dr. Matthias Jestaedt, Freiburg i.Br.
Professor Dr. Herbert Roth, Regensburg
Professor Dr. Astrid Stadler, Konstanz

Professor Dr. Bernhard Großfeld, Münster (bis 2000)
Professor Dr. Christian Starck, Göttingen (bis 2006)
Professor Dr. Dr. h.c. Rolf Stürner, Freiburg i.Br. (bis 2012)

Redaktion

Martin Idler, Tübingen

Mohr Siebeck

4 72. Jahrgang
17. Februar 2017

Juristen Zeitung

Inhalt

Aufsätze

Professor Dr. Jan Henrik Klement
Öffentliches Interesse an Privatheit 161

Dr. Maximilian Becker
Ein Recht auf datenerhebungsfreie Produkte 170

Gesetzgebung

Professorin Dr. Elisa Hoven und
Professor Dr. Thomas Weigend
„Nein heißt Nein“ – und viele Fragen offen 182

Literatur

David Kästle-Lamparter: Welt der Kommentare.
Struktur, Funktion und Stellenwert juristischer Kommentare
in Geschichte und Gegenwart
Privatdozent Dr. Daniel Damler 191

Dennis Heinson: IT-Forensik. Zur Erhebung und
Verwertung von Beweisen aus informationstechnischen
Systemen
Professor Dr. Brian Valerius 192

Entscheidungen

BVerwG, 21. 9. 2016 – 6 C 2.15
mit Anmerkung von
Professor Dr. Dr. h.c. Dirk Ehlers
Keine abweichende Entscheidung unter Berufung auf die
EMRK nach Rückverweisung durch das BVerfG 194

BGH, 7. 6. 2016 – KZR 6/15
mit Anmerkung von
Professor Dr. Rupprecht Podszun
Sportschiedsgerichtsbarkeit – Freiwilligkeit
der Athleten trotz Monopol der Verbände? 201

JZ Information

Aktuelles aus der Rechtsprechung 100*
Aus dem Inhalt der nächsten Hefte 100*
Gesetzgebung 101*
Entscheidungen in Leitsätzen 102*
Neuerscheinungen 116*
Zeitschriftenübersicht 134*
Festschrift/Sammelwerke 138*
Impressum 139*



**IN ALLER KÜRZE**

2

THEMA**Bettina Sabara: Der Familienzeitbonus („Papa-Monat“)**

3

Für Geburten nach dem 28. 2. 2017 gilt, dass erwerbstätige Väter, die sich innerhalb von 91 Tagen nach der Geburt ihres Kindes zwischen 28 und 31 Tagen intensiv und ausschließlich der Familie widmen, eine finanzielle Unterstützung in Form des sogenannten Familienzeitbonus begehren können. Unter welchen Voraussetzungen Väter Anspruch auf den Familienzeitbonus haben und was aus arbeits- und sv-rechtlicher Sicht zu beachten ist, ist Gegenstand des Beitrages.

RECHTSPRECHUNG**» ARBEITSRECHT**

Betriebsübergang bei Neuvergabe eines Dienstleistungsauftrages?	7
Strittige Arbeitgeberbereignschaft	8
Feststellung der Unzulässigkeit einer erfüllten Weisung – kein rechtliches Interesse	8
Eisenbieger- bzw Eisenflechterarbeiten: Anwendung des BUAG	9
Integrativer Betrieb: Kettendienstverträge behinderter Beschäftigter nicht automatisch gerechtfertigt	10
Nichtanrechnung von Dienstzeiten zu einem Dritten: Umgehungsgeschäft?	10
Buchmacher im Wettbüro: Angestelltentätigkeit	11
Vermittlung von speziellem Basiswissen in Banken: Ausbildungskostenrückerersatz	12

» SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

Sprachlehrerin als echte Dienstnehmerin	13
Schilehrer als Gesellschafter einer OG – echte Dienstnehmer	14
Mehrfachversicherung bei unselbstständig Erwerbstätigen	16

» STEUERRECHT

Keine Absetzbarkeit beruflich mitveranlasster Opernbesuche	17
Abzugsfähigkeit von Aufwendungen für Event-Marketing	18

ARTIKELRUNDSCHAU

20

IMPRESSUM

19

Coverstory:

König Kunde oder Konsumtrötle?
Einkäufen wird immer komplexer – und damit auch der Konsumentenschutz.

6

Interview:

Schlimme Tricks auf gesättigten Märkten
Buchautor Sepp Eischenregler über Nachhaltigkeit und Ernächtigung von KonsumentInnen.

18

Reportage:

Zurückverfolgt zum Ursprung
Herkunftsursparenz? Eine Reise vom Discounter bis in den Stall.

28

Schwerpunkt Konsumentenschutz

Frohe Kunde

© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl

Herausgegeben von AK und ÖGB

Arbeit & Wirtschaft

DS-7237

WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

WU

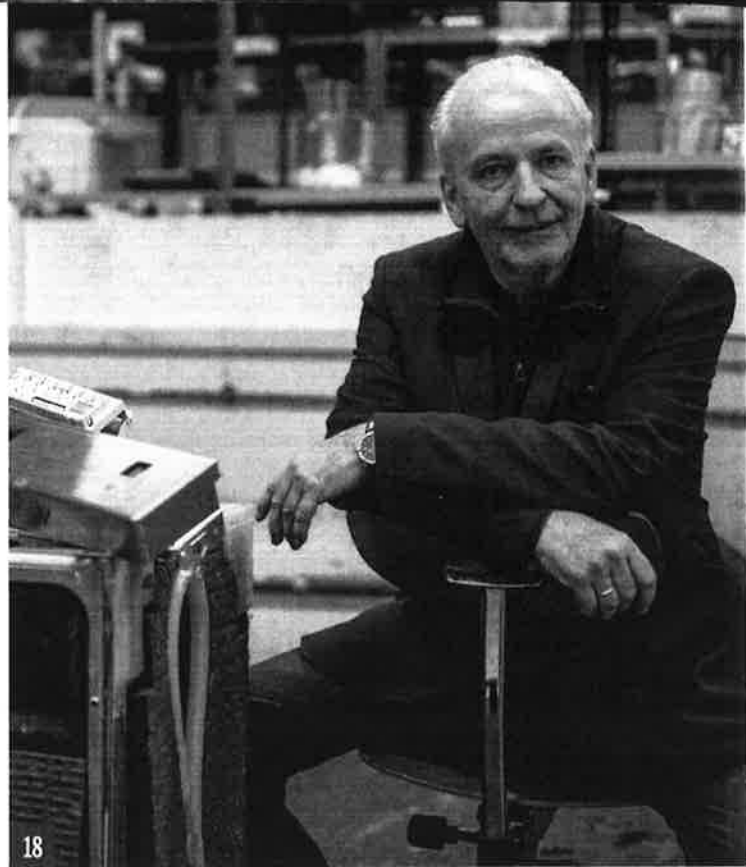
N° 1 | 2017 | 71. Jahrgang | € 2,50



6

Coverstory

Zur ambivalenten Geschichte des VerbraucherInnenschutzes zwischen Rechtlosigkeit und Regulierungssucht, Konsum und Konsumkritik sowie menschlichem Kaufverhalten.



18

Interview

Sepp Eisenriegler weiß so gut wie kaum jemand, warum es kein Zufall ist, dass günstige Waschmaschinen nach drei Jahren den Geist aufgeben und es keine Ersatzteile für den Staubsauger gibt.

Schwerpunkt

Sharing? Oder doch Dividing?

In der „Sharing Economy“ erscheint die Aufteilung von Verantwortung, sozialen Folgen und Profiten eher einseitig.

Modern Banking

Privatisierung, Krisen, Globalisierung und Digitalisierung bewirken dramatische Veränderungen im Bankensektor.

Ist Kaufen smarter?

Produkte haben oft ein rasches Ablaufdatum. Reparieren ist meist nicht nur smarter, sondern auch besser für die Umwelt.

Zurück zum Start

Wie vor gesundheitsschädlichen Produkten gewarnt wird und weshalb Produktrückrufe ernst zu nehmen sind.

Mit dem Einkauf die Welt verbessern

Woran erkennt man fair produzierte Angebote? Wo gibt es Mängel? Eine Umschau bei Lebensmitteln und Schuhen.

Punkte für gefälliges Verhalten

Bonitätsbewertungen entscheiden oft, ob man als VertragspartnerIn akzeptiert wird. Praxis und soziale Folgen des Scorings.

Das unsichere Netz

Immer mehr Alltagsgegenstände werden mit dem Internet vernetzt. Vorteile und Gefahren des „Internets der Dinge“.

Ungleichheit mit System

Im europäischen Online-Handel gibt es zahlreiche Schlagbäume. Die EU-Kommission reagiert nur zögerlich.

Geschäft mit der Verunsicherung

Ist eine private Vorsorge wirklich eine Alternative zur angeblich schlechter werdenden sozialen Absicherung?

Reportage

Wie transparent ist die Herkunft von Lebensmitteln? Wir haben den Test gemacht und Rindfleisch vom Discounter bis in den Stall zurückgeführt.

Standards

Historie:

Die Preistreibereibremse **4**

Standpunkt:

Guter Konsum ist eine Verteilungsfrage **5**

Statistik:

Die wichtigsten (Bio-)Gütesiegel **24**

Gut zu wissen **42**

Nicht zuletzt – von Gabriele Zgubic **43**

Frisch gebloggt **44**

Aus AK und Gewerkschaften **45**

Man kann nicht alles wissen **46**

Erklärungen aller grün markierten Worte.

Impressum

Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,
Tel.: (01) 534 44-39263 Dw.,
Fax: (01) 534 44-100222 Dw.,
Sonja Fercher (CvD),
Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw.

E-Mail: sonja.adler@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Bettina Eichhorn, Philipp Starlinger,
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,
Tel.: (01) 662 32 96-0

E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:

Bernhard Achitz, Lucia Bauer, Romana Brait,
Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum, Sonja Fercher,
Andreas Gjecaj, Elisabeth Glantschnig, Richard Halwax,
Melissa Huber, Georg Kovarik, Florian Kräftner,
Iris Krassnitzer, Sylvia Kuba, Sabine Letz, Pia Lichtblau,
Markus Marterbauer, Martin Müller, Klaus-Dieter Mulley,
Ruth Naderer, Martin Panholzer, Brigitte Pellar,
Charlotte Reiff, Philipp Schnell, Georg Sever,
Josef Thoman, Erik Türk, Christina Wieser,
Gabriele Zgubic, Karin Zimmermann

Redaktionsmitglieder:

Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler (Sekretariat),
Michael Mazohl (Artdirektion)
Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler, Beatrix Beneder,
Astrid Fadler, Sophia Fielhauer-Resei, Michael Heiling,
Sandra Knopp, Irene Mayer-Kilani, Michael Mazohl,
Brigitte Pellar, Charlotte Reiff, Christian Resei,
Simon Schumich, Udo Seelhofer, Irene Steindl,
Thomas Stollenwerk, Nina Tröger, Ulrike Weiß,
Gabriele Zgubic, Daniela Zimmer

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer,
1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22, und
Österreichischer Gewerkschaftsbund,
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes
GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1,
Tel.: (01) 662 32 96-39744 Dw.,
Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.,
E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at,
Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,50;
Jahresabonnement Inland € 20,-;
Ausland zuzüglich € 12,- Porto;
für Lehrlinge, Studenten und Pensionisten ermäßigtes
Jahresabonnement € 10,-

Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien,
Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0,
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:
www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/ jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.



Inhalt

„Wir benötigen eine Digitalisierung des Steuerrechts“

Im BFGjournal zu Gast: Mag. Stefan Schuster, MBA, Head of Taxes eines Telekommunikationsunternehmens und Steuerberater in Wien, im Gespräch mit Dr. Angela Stöger-Frank 42

Aufteilung eines gemischt genutzten Gebäudes entsprechend unterschiedlicher Wertigkeit

(BFG 24. 11. 2016, RV/1100057/2013 – Christian Lenneis / Bernhard Renner) 46

Kein Werbungskostenpauschale ohne tatsächlich angefallene Werbungskosten

(BFG 21. 4. 2016, RV/2100004/2015 – Karin Blas) 52

Amtsrevision: Dienstkraftwagen (Sachbezug) und Werbungskosten

(BFG 23. 9. 2016, RV/5101980/2015 – Angela Stöger-Frank) 55

Nachversteuerung von Verlusten ausländischer Gruppenmitglieder bei Beendigung der Gruppe

(BFG 10. 11. 2016, RV/6100706/2011 – Klaus Hirschler / Gottfried Sulz / Christian Oberkleiner) 56

Aktuelle Entscheidungen des Bundesfinanzgerichts zu Körperschaften (I)

(Melanie Raab / Bernhard Renner) 63

Rechtsirrtum und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

(BFG 19. 10. 2016, RV/7101602/2014 – Markus Knecht) 77

Legitimation zur Maßnahmenbeschwerde

(BFG 23. 12. 2016, RM/5100002/2016 – Johann Fischerlehner) 82

Zu Gast im Bundesfinanzgericht

Schülerinnen und Schüler der Berufsschule Gmunden besuchen die Außenstelle Linz 84

INHALT 4 · 2017

DVBI aktuell
Vorschau/Impressum

Aufsätze

Übersicht über die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zum Umweltrecht
Präsident des BVerwG Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Rennert, Leipzig

- III Kment (Hrsg.): Konzessionen im Umwelt- und
VII Infrastrukturrecht
Rechtsanwalt Prof. Dr. Alexander Schink,
Staatssekretär a. D., Bonn/Neuss 242
- Eding: Bundesfachplanung und Landesplanung
Dr. Boas Kümper, Münster 243

»Die wilden 13«: Orientiert sich der übergreifende informationstechnische Zugang zu Verwaltungsleistungen nach Notifikation beim Bundespräsidenten bis zu seiner Aufhebung an gesamtstaatlich bedeutsamen Investitionen finanzschwacher Gemeinden im Bereich der kommunalen Bildungsinfrastruktur?
Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Berlin/Osnabrück

Rechtsprechung

Bundesverfassungsgericht

BVerfG, Beschl. v. 14.09.2016 – 1 BvR 1335/13 –
»Garzweiler III«: Vorläufiger Rechtsschutz gegen Enteignung – mit Anmerkung Frenz 244

Landesverfassungsgericht

VerfGH NRW, Urt. v. 10.01.2017 – 8/15 –
Einführung der schulischen Inklusion verletzt nicht das Konnexitätsprinzip – mit Anmerkung Henneke 249

Wissensgenerierung im Verwaltungsprozess
Prof. Dr. Annette Guckelberger, Saarbrücken

214

222

Oberverwaltungsgerichte/ Verwaltungsgerichtshöfe

VGH BW, Urt. v. 10.11.2016 – 3 S 572/15 –
Unwirksamkeit einer Satzung zur förmlichen Festlegung eines Sanierungsgebiets 252

Für, nicht gegen eine Erweiterung der Bundesraumordnung im ROG-E 2016 – zu Goppel,
DVBI 2016, 1306
Prof. Dr. Wilfried Erbguth, Rostock

233

Berichte

10. Hauptstadtgespräch der Freiherr vom Stein-Gesellschaft: Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land
Dr. Klaus Ritgen, Berlin

234

Hess VGH, Urt. v. 27.10.2016 – 4 C 1869/15.N – n.r. –
Zulässigkeit der Überplanung eines beplanten Gebiets im beschleunigten Verfahren 257

Nds OVG, Urt. v. 13.10.2016 – 7 KS 3/13 –
Aufhebung eines Planfeststellungsbeschlusses für eine Hochspannungsfreileitung 262

Buchbesprechungen

Bergmann: Versinkende Inselstaaten
Ministerialrat Dr. Michael Fuchs, M. A., Magister rer. publ., Berlin

238

Kröger: Die Förderung erneuerbarer Energien im Europäischen Elektrizitätsbinnenmarkt
Prof. i.R. Dr. Dr. Peter Salje, Bassum

238

Bay VGH, Urt. v. 26.10.2016 – 4 B 16.506 –
Befreiung vom Benutzungszwang der öffentlichen Wasserversorgung 265

Verwaltungsgericht

[LS] VG Minden, Vorlagebeschl. an den EuGH v. 22.12.2016 – 10 K 5476/16.A – u. v. 19.01.2017 – 10 K 6164/16.A –
Zur Frage des Zuständigkeitsübergangs auf den um Übernahme nachsuchenden Mitgliedstaat 267

Zwermann-Milstein: Grund und Grenzen einer verfassungsrechtlich gebotenen gesundheitlichen Mindestversorgung
Prof. Dr. Ingo Heberlein, Mag.rer.publ., Eutin/Berlin

239

Kummer: Formularbuch des Fachanwalts Sozialrecht
LtdVerwD Karl Friedrich Köhler, Kassel

241

Beilagenhinweis:
Mit dieser Ausgabe verteilen wir eine Beilage der Verlag C.H. Beck oHG.
Wir bitten freundlich um Beachtung.



VBI

4/2017
Bayerische Verwaltungsblätter
 ■ Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung

Schriftleiter Dr. Herbert von Golitschek, Präsident a. D. des Bayerischen Verwaltungsgerichts Würzburg, Am Sonnenhang 1, 97204 Höchberg, Tel. (09 31) 4 52 06 49, Fax (09 31) 4 52 09 21; E-Mail: bayvbl@boorberg.de



Inhalt

Abhandlungen

- Herber*, Zur Privatisierung der Flugsicherung und zum Streikrecht der Fluglotsen — **109**
Nickel/Schulten, Die Taufe als innerkirchlicher Rechtsakt vor staatlichen Gerichten? — **116**

Ausbildung und Prüfung

- Lösungsskizze zur Aufgabe 10 der Zweiten Juristischen Staatsprüfung 2012/1 (Text s. BayVBl. 2017, 103) (*Konrad*) — **140**

Notizen

- Geschäftsverteilungsplan des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs für das Geschäftsjahr 2017 — **II**
 Vorschau — **XII**
 Impressum — **XII**

Rechtsprechung

- | | | | |
|---|-----------------|----------------------|---|
| BayVerfGH | E.v. 19.07.2016 | Vf. 1-VII-16 | Staatlich anerkannte Realschulen, Gymnasien und Schulen des Zweiten Bildungswegs; pauschalierte Zuschüsse; inklusionsbedingter Mehraufwand; gesonderte Erstattung; Privatschulfreiheit; Schulaufnahme; Gleichheitssatz; Benachteiligungsverbot; Behinderung; Rechtsstaatsprinzip — 121 |
| BayVGH | U.v. 28.07.2016 | 14 N 15.1870 | Aufhebung der Verordnung über den geschützten Landschaftsbestandteil „Der Hohe Buchene Wald im Ebracher Forst“; objektives Umweltrecht der Union, hier Regelungen der FFH-RL; prokuratorische Rechtsstellung anerkannter Naturschutzvereinigungen; Verfassungswidrigkeit einer Zuständigkeitsverlagerung aus Anlass eines konkreten Falls (verneint); geschützter Landschaftsbestandteil als Kategorie des Objektschutzes; Notwendigkeit der Abgrenzbarkeit des Landschaftsbestandteils in der Natur; maßgeblicher Zeitpunkt für das Vorliegen der erforderlichen Abgrenzbarkeit; Willkür bei Aufhebung einer naturschutzrechtlichen Verordnung (verneint) — 125 |
| BVerwG | B.v. 30.06.2016 | 2 B 3.15 | Beamter; Gewerkschaft; Mitglied; Warnstreik; Tarifverhandlung; Demonstrationsszug; Ordner; Dienstbefreiung; Fortzahlung der Dienstbezüge; Ehrenamt; ehrenamtliche gewerkschaftliche Tätigkeit; Gefährdung des Dienstbetriebs; Grundsätze des Berufsbeamtentums; Streikverbot; Koalitionsfreiheit; Unterstützung; Unterstützungshandlung; Versammlung; Hilfskraft; Teilnehmer — 137 |
| Wissenswertes für den Rechtsanwalt | | | |
| BVerfG | B.v. 09.09.2016 | 1 BvR 2022/16 | Sitzungspolizeiliche Anordnung; Untersagung/Beschränkung der Bildberichterstattung; Presse- und Rundfunkfreiheit; allgemeines Persönlichkeitsrecht; faires Verfahren; Funktionstüchtigkeit der Rechtspflege; Verhältnismäßigkeit; Anonymisierungsverfügung; einstweilige Anordnung des Bundesverfassungsgerichts; Folgenabwägung — 138 |

INHALT

Der österreichische Verwaltungsgerichtshof veranstaltete am 3. November 2016 das Symposium „DIE REFORM DER VERWALTUNGSGERICHTSBARKEIT 2012 IN PRAXIS UND THEORIE“, dessen Beiträge in diesem Heft der ZVG veröffentlicht werden. Die Einladung zu dieser Fachtagung in die neu renovierten Räume des Verwaltungsgerichtshofes am Judenplatz erfolgte zum 140. Jahrestag der Errichtung des Gerichtshofes im Jahr 1876 und der Fällung seines ersten Erkenntnisses am 26. Oktober 1876. Die vorliegende Ausgabe der ZVG versammelt alle Vorträge des Symposiums. Aufgrund deren Umfangs muss im vorliegenden Heft die Rechtsprechung entfallen. Wir freuen uns, dass wir mit der Veröffentlichung der Symposiumsbeiträge diese umfassende Beleuchtung der österreichischen Verwaltungsgerichtsbarkeit im europäischen Kontext, in ihrer Entwicklung und in ihrer aktuellen Ausgestaltung durch die Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012 den Lesern der ZVG zugänglich machen können.

Ihre Redaktion der ZVG

GRUSSWORTE

- 2 Begrüßung durch den Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes
Rudolf Thienel
- 5 Grußworte des Bundesministers für Kunst und Kultur, Verfassung und Medien
Thomas Drozda
- 7 Grußworte des Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes
Gerhart Holzinger
- 10 Grußworte des Präsidenten des Obersten Gerichtshofs – Spannungsfelder innerhalb und im Verhältnis zur
Gerichtsbarkeit
Eckart Ratz



AUFSÄTZE

- 13 Verwaltungsgerichtsbarkeit im europäischen Kontext
Klaus Rennert
- 19 Marksteine in der Entwicklung der österreichischen Verwaltungsgerichtsbarkeit
Thomas Olechowski
- 27 Konstitutionelle Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Reform der Verwaltungsgerichtsbarkeit
Ronald Faber
- 34 Leitentscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes zur neuen Verwaltungsgerichtsbarkeit
Nikolaus Zorn
- 50 Der Rechtsschutz durch die Verwaltungsgerichte – in Praxis und Theorie
Johannes Fischer
- 61 Erfahrungen der Verwaltung mit der „Verwaltungsgerichtsbarkeit neu“
Heidmarie Thalhammer

TIPPS & INFOS

- 69 Bücherliste
- 70 Redaktion
- 70 Autoren
- 72 Beirat
- U3 Impressum

AfP

WU
WIRTSCHAFTS
 UNIVERSITÄT
 WIEN VIENNA
 UNIVERSITY OF
 ECONOMICS
 AND BUSINESS

DB-Z308

Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht

Herausgegeben von: Prof. Dr. Christian Berger, Dr. Ulf Brühann, Prof. Dr. Emanuel H. Burkhardt, Prof. Dr. Karl-Eberhard Hain, Dr. Verena Hoene, Gernot Lehr, Dr. Christian Löffler, Prof. Dr. Roger Mann, Prof. Dr. Karl-Nikolaus Peifer, Dr. Jörg Saehering, Prof. Dr. Christian von Coelln, Vera von Pentz, Georg Wallraf, Prof. Dr. Johannes Weberling

Seite 1–92



Presse

Aufsätze

SROCKE

Haftung der Medien für geklauten Content?

PEIFER

Portabilität und Zugang als Paradigmen für Verträge über digitale Güter

ORY

Entwicklung des europäischen Urheberrechts

GERARD-WENZEL

Die Rechtsprechung des ÖVfGH zur Facebook-Aktivität des ORF

FRICKE/GERECKE

Haftung für Links: Neue Risiken für Inhabeanbieter

Entscheidungen

EGMR

Rufschädigende Fotomontage ohne eigenen satirischen Wert

BGH

GVR Tageszeitungen III

OLG Köln

Bewertungsgrundlage für Politiker-Faktencheck

KG

Keine Verlegeranteile an GEMA-Ausschüttung

OLG Saarbrücken

Zulässige identifizierende Verdachtsberichterstattung

LG Hamburg

Urheberrechtsverletzung durch Linksetzung

Buch

Hörfunk

Fernsehen

Multimedia

Buchbesprechungen

LUDYGA

Ory/D. Cole (Hrsg.): Reform des Urhebervertragsrechts

Aufsätze

SROCKE
Haftung der Medien für geklauten Content? 1

PEIFER
Please Take Your Personal Belongings With You – Portabilität und Zugang als Paradigmen für Verträge über digitale Güter 8

ORY
Entwicklung des europäischen Urheberrechts 14

GERARD-WENZEL
Die Rechtsprechung des ÖVfGH zur Facebook-Aktivität des ORF 20

FRICKE/GERECKE
Haftung für Links: Neue Risiken für Inhalteanbieter 25

Bericht

TRAPP
Medienföderalismus 27

EGMR-Rechtsprechung 29

Blick nach Brüssel 30

Medienkartellrecht 32

Nachrichten

Neues Urhebervertragsrecht 34

Verlegerbeteiligung an Kopierabgabe 35

Referentenentwurf zum Wissenschaftsurhebergesetz 35

Kritik an geplanter Änderung des Pressekodexes 35

EU-Kommission für reduzierte Mehrwertsteuer auf elektronische Presseerzeugnisse 36

Entscheidungen

EGMR, 15.3.2016 – Individualbeschwerde 52205/11
Rufschädigende Fotomontage ohne eigenen satirischen Wert 36

EuGH, 8.9.2016 – Rs. C-160/15
Nachprüfungspflicht bei Linksetzung mit Gewinnerzielungsabsicht 38

BVerfG, 10.10.2016 – 1 BvR 2136/14
Subsidiarität einer Verfassungsbeschwerde gegen das Presse-Leistungsschutzrecht 41

BVerfG, 17.5.2016 – 1 BvR 257/14
Zu den Voraussetzungen der notwendigen Individualisierung einer Kollektivbeleidigung 44

BGH, 25.10.2016 – VI ZR 678/15
Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte für Internet-Berichterstattung 45

BGH, 27.9.2016 – VI ZR 250/13
Zulässige kritische Beurteilung der beruflichen Leistungen eines Journalisten 48

BGH, 15.9.2016 – I ZR 20/15
Mögliche Repräsentativität eines Regionalverbands für die Aufstellung gemeinsamer Vergütungsregeln – GVR Tageszeitungen III 52

OLG Köln, 15.12.2016 – 15 W 46/16
Bewertungsgrundlage für Politiker-Faktencheck 57

KG, 14.11.2016 – 24 U 96/14
Keine Verlegeranteile an GEMA-Ausschüttung 61

OLG Saarbrücken, 5.10.2016 – 5 U 3/16
Zulässige identifizierende Verdachtsberichterstattung 65

OLG Köln, 3.10.2016 – 15 U 127/16
Mittelbar identifizierende Berichterstattung über Pick-Up-Artist 70

OLG Rostock, 9.9.2016 – 20 RR 66/16
Zur äußerungsrechtlichen Einordnung des Begriffs „Rabauken-Jäger“ 71

OLG Karlsruhe, 13.4.2016 – 6 U 224/15
Zu den Voraussetzungen für den Abdruck einer Gegendarstellung 75

LG Hamburg, 18.11.2016 – 310 O 402/16
Urheberrechtsverletzung durch Linksetzung 78

LG Köln, 4.5.2016 – 28 O 489/15
Zur Erstattung der Kosten für die Zustellung einer Verfügung durch einen Gerichtsvollzieher 82

LG Hamburg, 13.3.2015 – 324 O 640/14
Zu den Rechtsfolgen der Verbreitung eines unzutreffenden Gerüchtes 83

VG Berlin, 17.11.2016 – VG 27 L 547.16
Auskunft über Studienabschluss einer Politikerin 85

SG Mannheim, 4.3.2016 – S 16 R 420/15
Zur Sozialversicherungspflichtigkeit eines Moderators eines Hörfunksenders 86

EuGH, 10.11.2016 – Rs. C-174/15
Gleichstellung des Verleihs digitaler und gedruckter Buchkopien 90

OLG Celle, 29.12.2016 – 13 U 85/16
Kein Anspruch auf Entfernung eines Suchmaschinenlinks zu einem rechtmäßig veröffentlichten Presse-Interview 90

Buchbesprechungen

PARTSCH
Ingold: Desinformationsrecht: Verfassungsrechtliche Vorgaben für staatliche Desinformationstätigkeit 91

LUDYGA
Ory/D. Cole (Hrsg.): Reform des Urhebervertragsrechts 91

Impressum 92



Ihre Freischaltcodes zum Zeitschriften-Modul (inkl. Selbststudium nach § 15 FAO) und zur App finden Sie in Heft 1/2017 auf der zweiten Umschlagseite

INHALT



STEUER & SERVICE

- 2 Effizienz des Rechtsschutzes in der BAO
(Christoph Ritz)
- 7 Umsatzsteuer: Allgemeine Erklärungspflichten in Zusammenhang mit Voranmeldung und
Jahreserklärung – Teil 2
(Peter Pülzl)
- 9 Verrechnungskonto des Gesellschafters und verdeckte Ausschüttung
(Hubert W. Fuchs)
- 11 Vorgehensweise bei Zusammentreffen der Abzugsverbote in § 9 Abs 7 KStG 1988 und
§ 12 Abs 3 Z 3 KStG 1988 (BMF-Info)
BMF-010203/0385-VI/6/2016 vom 5.12.2016 (Hubert W. Fuchs)
- 12 Umfassende Amtshilfe im Bereich Steuern vom Einkommen – „Staatenliste“ ab 1.1.2017 (BMF-Info)
BMF-010221/0810-VI/8/2016 vom 13.12.2016 (Hubert W. Fuchs)
- 13 Automatischer Informationsaustausch über Finanzkonten nach § 91 GMSG – Liste der
teilnehmenden Staaten (BMF-Info)
BMF-010221/0853-VI/8/2016 vom 10.1.2017 (Hubert W. Fuchs)

BUNDESFINANZGERICHT

- 14 BFG-KOMPAKT – Gesamtübersicht veröffentlichter BFG-Erkenntnisse
(Klaus Hilber)
- 16 Keine weitere Zustellung eines rechtswirksam zugestellten Bescheides
BFG 23.8.2016, RV/2100658/2016 (Klaus Hilber)
- 17 Sanierung der Dachkonstruktion eines Mietobjektes als Instandsetzungsaufwand
BFG 1.8.2016, RV/5101253/2014 (Klaus Hilber)
- 19 Entscheidungswesentlicher Wiederaufnahmegrund bei amtswegiger Wiederaufnahme des Verfahrens
BFG 8.11.2016, RV/7102429/2012 (Klaus Hilber)
- 22 Dienstkraftwagen (Sachbezug) und Werbungskosten
BFG 23.9.2016, RV/5101980/2015 (Hubert W. Fuchs)
- 24 Zeitpunkt der Nachversteuerung beim Ausscheiden aus der Gruppe
BFG 10.11.2016, RV/6100706/2011 (Hubert W. Fuchs)
- 27 BFG-ERKENNTNISSE „kurz & bündig“
(Hubert W. Fuchs)

VERWALTUNGSGERICHTSHOF

- 33 ANHÄNGIGE AMTSREVISIONEN
(Hubert W. Fuchs)

SERVICE-TEIL

- 36 Buchbesprechungen
- 40 Herausgeber, Autoren
- U3 Impressum

Herausgeber: Prof. Dr. Marc Bungenberg | Prof. Dr. Thomas Giegerich | Prof. Dr. Torsten Stein

Gründungsherausgeber: Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Georg Ress

Europa-Institut der Universität des Saarlandes · Sektion Rechtswissenschaft · Postfach 15 11 50 · D-66041 Saarbrücken

Schriftleitung: Anja Trautmann LL.M. (V.I.S.d.P.)

Redaktion: Prof. Dr. Jürgen Bröhmer | Dr. Christian von Büttlar LL.M. | Prof. Dr. Christian Callies M.A.E.S., LL.M.Eur. | Prof. Dr. Iris Canor | Mareike Fröhlich LL.M. | Eileen Fuchs LL.M. | Prof. Dr. Michael Hahn LL.M. | Christiane Hillesheim LL.M.Eur. | Dr. Robin van der Hout LL.M. | André Husheer | Dr. Kai-Michael König | Helen Küchler | Tilmann Lahann LL.M.Eur. | Dieter Lang LL.M.Eur. | Julia Legleitner LL.M.Eur. | Prof. Dr. Maria Meng-Papantoni | Markus Rauber LL.M. | Dr. Simone Reiß | Rüdiger Sailer | Rupert Steinlein LL.M.Eur. | Dr. Anne Thies LL.M. | Norbert Tümmann LL.M. | Dr. Jörg Ukrow LL.M.Eur. | Sebastian Zeltmann LL.M.



Inhalt

Franz C. Mayer Die Mitwirkung deutscher Gesetzgebungsorgane an der EU-Handelspolitik: europarechtliche und verfassungsrechtliche Erfordernisse	391
Alexander Proelß Verfassungsgerichtliche Kontrolle gemischter EU-Handelsabkommen: Das Beispiel CETA	401
Christian Tietje Investitionsschutzgerichtsbarkeit in CETA und anderen Freihandelsabkommen der EU: Völkerrecht als Verfassungsverstoß?	421
Kathrin Groh Endstation Karlsruhe! – Schiedsgerichtsbarkeit in Freihandelsverträgen	433
Claus Dieter Classen Die Unterwerfung unter völkerrechtliche (Schieds-)Gerichte: kein Verfassungsverstoß!	449
Rhea Tamara Hoffmann Das CETA-Urteil des Bundesverfassungsgerichts – Nach der Unterzeichnung ist vor der Ratifikation	459
Fabian Heide Quo vadis Ultra-vires? – Das abschließende Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Sachen OMT-Programm	479
Robert Böttner Eine Idee lernt laufen – zur Praxis der Verstärkten Zusammenarbeit nach Lissabon	501
	389

in Leible
e

ellung gehaltvoller
ensrecht... Sie bie-
ersten Überblick
dem Spezialisten
n und Autoren ist
le an Material auf
doch mit verhält-
sverlusten“ aufzu-
am europäischen
drücklich zur Lek-

nej, RabelsZ 2016, 667

omos-elibrary.de

omos

Desirée C. Schmitt
EU-Flüchtlingsschutz durch militärische Bekämpfung von Menschenhandel
und Menschenschleusung im Mittelmeer? – Eine rechtliche Bewertung
von EUNAVFOR MED Operation Sophia

551

ZEUS

Schriftleitung: Anja Trautmann LL.M. (V.i.S.d.P.)

Lektorat: Fabian Blandfort

Redaktionsanschrift: Europa-Institut der Universität des Saarlandes | Sektion: Rechtswissenschaft | Postfach 15 11 50 | D-66041 Saarbrücken | Telefon (0681) 302 6693 | Fax (0681) 302 4369 | E-Mail zeus@europainstitut.de | www.zeus.nomos.de

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben pro Jahr

Bezugspreise 2016: Jahresabonnement inkl. Onlinezugang (Privatbezieher) 99,- €, Studentenvorzugspreis (jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung) 45,- €, Institutionen 164,- €, Einzelheft 32,- €. Alle Preise verstehen sich inkl. MwSt, zzgl. Vertriebskostenanteil.

Bestellmöglichkeit: Bestellungen beim örtlichen Buchhandel oder direkt bei der Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden

Kündigungsfrist: jeweils drei Monate vor Kalenderjahresende

Bankverbindung generell: Zahlungen jeweils im Voraus an Nomos Verlagsgesellschaft, Postbank Karlsruhe: BIC PBNKDEFF, IBAN DE07 6601 0075 0073 6367 51 oder Sparkasse Baden-Baden Gaggenau: BIC SOLADES1BAD, IBAN DE05 6625 0030 0005 0022 66

Druck und Verlag: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG | Waldseestrasse 3-5 | D-76530 Baden-Baden | Telefon (07221) 2104-0 | Fax (07221) 2104-27 | E-Mail nomos@nomos.de

Anzeigen: Sales friendly Verlagdienstleistungen | Pfaffenweg 15 | 53227 Bonn | Telefon (0228) 978980 | Fax (0228) 9789820 | E-Mail roos@sales-friendly.de

Urheber- und Verlagsrechte: Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung online oder offline ohne zusätzliche Vergütung. Nach Ablauf eines Jahres kann der Autor anderen Verlagen eine einfache Abdruckgenehmigung erteilen; das Recht an der elektronischen Version verbleibt beim Verlag. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber/Redaktion oder des Verlages wieder. Unverlangt eingesendete Manuskripte – für die keine Haftung übernommen wird – gelten als Veröffentlichungsvorschlag zu den Bedingungen des Verlages. Die Redaktion behält sich eine längere Prüfungsfrist vor. Eine Haftung bei Beschädigung oder Verlust wird nicht übernommen. Bei unverlangt zugesandten Rezensionstücken keine Garantie für Besprechung oder Rückgabe. Es werden nur unveröffentlichte Originalarbeiten angenommen. Die Verfasser erklären sich mit einer nicht sinnentstellenden redaktionellen Bearbeitung einverstanden.

Der Nomos Verlag beachtet die Regeln des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V. zur Verwendung von Buchrezensionen.

ISSN 1435-439X

Die M

Inhalt

- A. Einlei
- B. Die P:
- C. Absch
 - I.
 - II.
- D. Nach
- E. Schlus

Die Frage
delspolitik

Aus eur
wirkung c
Sicht alles
ausschließ

Parlament

Und au
Gemeinsa

petenz bet
durch das

Hinblick :

(2007/200

sche Direk

Die Dir

Auch au

bereits dar

* Vortrag :
Handelsj
beibehalt
Bundesv

ZEUS 4/20

Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z199

Rabels Zeitschrift

für ausländisches und internationales Privatrecht

The Rabel Journal
of Comparative and International Private Law

Stand und Perspektiven des Einheitsrechts



Band 81 (2017)

Heft 1 (Januar)



Inhalt dieses Heftes

Schwerpunkte

„Stand und Perspektiven des Einheitsrechts“	1–193
BASEDOW, JÜRGEN, Internationales Einheitsprivatrecht im Zeitalter der Globalisierung	1–31
Summary: The International Unification of Private Law in the Era of Globalization	30–31
SCHROETER, ULRICH G., Gegenwart und Zukunft des Einheitskaufrechts	32–76
Summary: Present and Future of Uniform Sales Law	76
HUBER, STEFAN, Transnationales Kreditsicherungsrecht	77–116
Summary: Secured Transactions Law: A Transnational Perspective	114–116
MAURER, ANDREAS, Einheitsrecht im internationalen Warentransport	117–157
Summary: Uniform Law in the International Transport of Goods	157
PEUKERT, ALEXANDER, Vereinheitlichung des Immaterialgüterrechts: Strukturen, Akteure, Zwecke	158–193
Summary: Unification of Intellectual Property Law: Structures, Actors and Aims	193

Literatur

I. Buchbesprechungen

<i>Oppong, Richard Frimpong: Private International Law in Commonwealth Africa. Cambridge 2013 (ULRICH SPELLENBERG)</i>	194–198
<i>Wyen, Jan-Henning: Rechtswahlfreiheit im europäischen Insolvenzrecht. Eine Untersuchung zum forum shopping unter der EuInsVO unter besonderer Berücksichtigung von Effizienzgesichtspunkten. Tübingen 2014 (AXEL FLESSNER)</i>	198–201

D3-2199

<i>Kühn, Anna-Lisa</i> : Die gestörte Gesamtschuld im Internationalen Privatrecht. Am Beispiel einer Spaltung des Mehrpersonenverhältnisses zwischen deutschem und englischem Recht. Tübingen 2014 (DIETER MARTINY)	201–203
<i>Bareiß, Andreas</i> : Pflichtenkollisionen im transnationalen Beweisverkehr. Offenbarungspflichten im Zivilprozessrecht der USA und Offenbarungsverbote nach deutschem und europäischem Recht. Tübingen 2014 (DAGMAR COESTER-WALTJEN)	204–212
<i>de Miguel Asensio, Pedro A.</i> : Derecho Privado de Internet. 5a Edición. Cizur Menor 2015 (LAURA CARBALLO PIÑEIRO)	212–216
Private Macht. Hrsg. von <i>Florian Möslein</i> . Tübingen 2016 (VOLKER EMMERICH)	216–219
<i>Bergmann, Andreas</i> : Die Rechtsfolgen des ungerechten Vertrages. Die Grundlegung einer Lehre der materiellen Vertragsgerechtigkeit. Tübingen 2014 (ALEKSANDER GREBIENIOW)	219–223
Vormundschaft in Europa. Hrsg. von <i>Anatol Dutta, Dieter Schwab, Dieter Henrich, Peter Gottwald, Martin Löhnig</i> . Bielefeld 2015 (ANDREAS BOTTHOF)	224–227
Erbrecht in der VR China. Die aktuelle Entwicklung im Rahmen des Aufbaus der Privatrechtsordnung. Hrsg. von <i>Christina Eberl-Borges</i> und <i>Wang Qiang</i> . Frankfurt am Main u.a. 2015 (ANATOL DUTTA)	227–229
<i>Klumpp, Marianne</i> : Schiedsgerichtsbarkeit und Ständiges Revisionsgericht des Mercosur. Integrationsförderung durch zwischenstaatliche Streitbeilegung und Rechtsprechung im Mercosur. Heidelberg u.a. 2013 (JÜRGEN SAMTLEBEN)	230–239
<i>Fikentscher, Wolfgang</i> : Law and Anthropology. 2nd edition. Baden-Baden u. a. 2016 (HANS-GEORG EBERT)	239–242
II. Eingegangene Bücher	243–246
Mitarbeiter dieses Heftes	247

D3-2/99

D3-7193

ZHR

Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht



1

Martin Burgi

Editorial: Freiheitsgewinn durch Differenzierung –
Zum Schutz der unternehmerischen
Berufsausübung (1)

Matthias Lehmann

Braucht Europa ein Handelsgesetzbuch? (9)

Jessica Schmidt

Der European Model Company Act (EMCA) (43)

Falk Mylich

Gegenstandsbezogene Ausschüttungssperren
und gesellschaftsrechtliche Kapitalschutz-
mechanismen (87)

Heike Schweitzer

Kommunale Daseinsvorsorge zwischen Kartellrecht
und öffentlich-rechtlicher Gebührenkontrolle (119)

Literatur (147)

dfv Mediengruppe • Frankfurt am Main

Inhalt



Editorial

<i>Martin Burgi</i> , Freiheitsgewinn durch Differenzierung: Zum Schutz der unternehmerischen Berufsausübung	1
--	---

Abhandlungen

<i>Matthias Lehmann</i> , Braucht Europa ein Handelsgesetzbuch?	9
<i>Jessica Schmidt</i> , Der European Model Company Act (EMCA)	43
<i>Falk Mylich</i> , Gegenstandsbezogene Ausschüttungssperren und gesellschaftsrechtliche Kapitalschutzmechanismen	87
<i>Heike Schweitzer</i> , Kommunale Daseinsvorsorge zwischen Kartellrecht und öffentlich-rechtlicher Gebührenkontrolle	119

Literatur

<i>Daniel Damler</i> , Konzern und Moderne (Rezensent: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karsten Schmidt)	147
<i>Patrick Reiswich</i> , Das Rechtsprinzip des Verwässerungsschutzes (Rezensent: Prof. Dr. iur. Tim Florstedt)	150
<i>Andreas Groten</i> , corpus und universitas (Rezensent: Prof. Dr. jur. Johannes Platschek)	153

ZHR

38. Jahrgang
Heft 6
10. Februar 2017

Herausgeber:

RA Dr. Bruno M. Kübler
(Geschäftsführender Herausgeber)
Prof. Dr. Reinhard Bork
Prof. Dr. Wolfgang Lücke
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hanns Prütting
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt

Herausgeberbeirat:

Prof. Dr. Holger Altmeppen
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. A. Bergmann
Prof. Dr. Georg Bitter
Prof. Dr. Moritz Brinkmann
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. C.-W. Canaris
Prof. Dr. Ulrich Ehrlich
Prof. Dr. Horst Eidenmüller
Prof. Dr. Dr. h. c. Holger Fleischer
Prof. Dr. Walter Gerhardt
RA Dr. Burkard Göpfert
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. W. Goette
MinDir. Marie Luise Graf-Schlicker
Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfram Henckel
Prof. Dr. Florian Jacoby
RA/StB Dr. Günter Kahlert
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. G. Kayser
RA Dr. Bernd Klasmeyer
Prof. Dr. Lars Klöhn
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Marcus Lutter
Prof. Dr. Christoph G. Paulus
Vors. Richter am BGH a. D. Dr. h. c. V. Röhrich
Prof. Dr. Carsten Schäfer
Prof. Dr. Christoph Thole
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Ulmer
RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen

Inhaltsverzeichnis

ZIP-aktuell



BFH kippt Sanierungserlass des BMF	A 11	Nr. 41
BGH zur Haftung aus Patronatserklärung in der Insolvenz	A 11	Nr. 42
BGH: Keine sofortige Beschwerde gegen Ablehnung der Tabellenberichtigung	A 11	Nr. 43
BGH zu KapMuG-Verfahren zum 2. Börsengang der Telekom ...	A 11	Nr. 44
BAG zur Vermutung einer Benachteiligung nach AGG	A 12	Nr. 45
RegE für Lizenzschanke gegen Steuergestaltung internationaler Konzerne	A 12	Nr. 46
RegE für Zweite Finanzmarktnovelle	A 12	Nr. 47

Aufsätze

<i>Peter W. Heermann, Bayreuth</i>	Bindung von Vereinsmitgliedern und Nichtmitgliedern an die Sanktionsvorschriften übergeordneter (Sport-)Verbände	253
<i>Sebastian Klein, Hamburg</i>	Pflichten und Haftungsrisiken der Geschäftsleitung beim Cash Pooling ...	258
<i>Ferdinand Kruis, München</i>	Die Kündigung zuteilungsreifer Bausparverträge vor der Entscheidung durch den BGH. Zurück zu den Kernfragen.	270

Rechtsprechung

Bank- und Kreditsicherungsrecht

BGH	10. 11. 2016 – III ZR 235/15 +	Zum Mitverschulden des sittenwidrig geschädigten Kreditgebers bei schuldhaftem Verhalten seiner Mitarbeiter bei der Kreditprüfung	273
-----	--------------------------------	---	-----

Internet	www.zip-online.de : Volltexte ab Heft 1/1980 mit komfortabler Suchfunktion und zitierfähigen Fundstellen – für ZIP-Abonnenten kostenfrei
-----------------	---

Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

BGH	15. 11. 2016 – II ZR 217/15	Zum Entzug des Vertrauens in das Vorstandsmitglied einer AG durch Hauptversammlungsbeschluss	278
BGH	25. 10. 2016 – II ZR 230/15	Keine Befugnis der zu Unrecht im Handelsregister eingetragenen Komplementärin einer Publikums-KG zur Einberufung einer Gesellschafterversammlung	281
OLG München	9. 8. 2016 – 31 Wx 94/16	Zur Gebühr für Eintragung der Änderung der inländischen Geschäftsanschrift einer KG ohne Sitzverlegung	285
OLG München	9. 8. 2016 – 31 Wx 188/16 Kost	Zur Gebühr für Eintragung der Änderung der inländischen Geschäftsanschrift einer GmbH ohne Sitzverlegung (LS)	286

Vertrags- und Haftungsrecht

BGH	8. 9. 2016 – IX ZR 255/13	Konsolidierte Schadensberechnung für Steuerberaterhaftung nach Beratung einer GbR unter vertraglicher Einbeziehung der Interessen ihrer Gesellschafter	287
-----	---------------------------	--	-----

Insolvenz- und Sanierungsrecht

OLG Karlsruhe	19. 12. 2016 – 1 U 166/16	Zur Sicherung eines Rückgewähranspruchs aus Schenkungsanfechtung durch Eintragung einer Vormerkung im Wege des vorläufigen Rechtsschutzes	290
OLG Jena	22. 6. 2016 – 7 U 843/15	Kein Gesamtüberblick des Anfechtungsgegners über die Liquiditätsslage des Schuldners bei Kenntnis von Zahlungseinstellung erforderlich	293
AG Köln	2. 1. 2017 – 142 C 329/14	Zum Zeugnisverweigerungsrecht des Insolvenzschuldners wegen Vermögensgefährdung in einem Forderungsfeststellungsverfahren	294

Arbeits- und Sozialrecht

BAG	19. 7. 2016 – 2 AZR 536/15	Keine Anspruchskonkurrenz zwischen Sozialplanabfindung und Abfindung wegen betriebsbedingter Kündigung	296
-----	----------------------------	---	-----

Verfahrens- und Vollstreckungsrecht

BGH	1. 12. 2016 – X ARZ 180/16	Kein ausschließlicher Gerichtsstand bei falschen Kapitalmarktinformationen für Klage gegen einzigen Beklagten aus Prospekthaftung im weiteren Sinne	298
BGH	23. 8. 2016 – VIII ZB 96/15	Zur Abgrenzung des einfachen und des streitgenössischen Streithelfers (LS)	300
OLG München	8. 12. 2016 – 14 U 4840/15	Unzulässigkeit von Erfüllungs- und Schadensersatzklagen von Anlegern griechischer Staatsanleihen in Deutschland gegen Griechenland wegen Staatenimmunität (LS)	300

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegt je eine Beilage der Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, und der RWS Verlag Kommunikationsforum GmbH, Köln, bei. Wir bitten um freundliche Beachtung!

ZIP

Herausgeber

Centrale für GmbH Dr. Otto Schmidt
in Verbindung mit
Prof. Dr. Walter Bayer
RA/StB Vors. RiBFH a.D.
Prof. Dr. Dietmar Gosch
WP/StB Prof. Dr. Norbert Neu
Ltd.RegDir. Ralf Neumann
RA Prof. Dr. Jochem Reichert

**Gesellschafts-
und Steuerrecht
der GmbH
und GmbH & Co.****Inhalt
108. Jahrgang
Heft 4/2017**

Herausgeber-Beirat
Prof. Dr. Georg Crezelius
Prof. Dr. Detlef Kleindiek
Notar Dr. Thomas Wächter
RA/StB Prof. Dr. Götz Tobias Wiese

**Aufsätze und Beiträge****Prof. Dr. Dr. h.c. Holger Fleischer, LL.M. / Till Wansleben**

Die GmbH & Co. KG als kautelarjuristische Erfolgsgeschichte. BayObLG vom 16.2.1912 „Portlandzementfabrik, Stein- und Kalkwerk August M., GmbH & Co. KG“

169

Lukas Beck

Haftung der Gesellschafter für Zahlungen nach Eintritt der Insolvenzreife bei Führungslosigkeit der GmbH

181

Dr. Torsten Altrichter-Herzberg

Die Höhe der steuerlichen Einlage beim Rangrücktritt. Anmerkung zum Urteil des BFH vom 10.8.2016 – I R 25/15

185

Rechtsprechung Gesellschaftsrecht

Gesellschafterversammlung: Keine Einberufungsbefugnis eines vorläufig wirksam abberufenen, aber im Handelsregister noch eingetragenen Geschäftsführers (BGH v. 8.11.2016 – II ZR 304/15)

188

**Der GmbHR-Kommentar
von Dr. Lutz Münnich**

191

Gesellschafter-Geschäftsführer: Pfändbarkeit der Ansprüche aus einem mit der GmbH geschlossenen Pensionsvertrag als Arbeitseinkommen (BGH v. 16.11.2016 – VII ZB 52/15)

193

Informationsrechte: Vollstreckbarkeit einer gerichtlichen Entscheidung im Auskunftserzwingungsverfahren (OLG Düsseldorf v. 6.12.2016 – I-3 Wx 322/15)

194

Insolvenz: Keine Fortsetzung einer durch Abweisung des Insolvenzantrags mangels Masse aufgelösten GmbH (KG Berlin v. 17.10.2016 – 22 W 70/16)

196

Rechtsprechung Steuerrecht

Gewinnermittlung: Bilanzierung von Verbindlichkeiten bei Rangrücktritt sowie Tilgung aus Bilanzgewinn und Liquidationsüberschuss (BFH v. 10.8.2016 – I R 25/15)

197

Gesellschafter-Fremdfinanzierung: Drittvergleich nach § 8a Abs. 1 KStG 2002 n.F. bei weitergeleiteten Konzerndarlehen (BFH v. 7.9.2016 – I R 11/14)

199

Geschäftsanteil: Besteuerung der Barabfindung bei einem Aktientausch nach Einführung der Abgeltungssteuer (BFH v. 20.10.2016 – VIII R 10/13)

203

Geschäftsanteil: Keine Steuerbefreiung einer Wertaufholung nach steuerwirksamer Teilwertabschreibung und Mindestbesteuerung (BFH v. 21.9.2016 – I R 65/14)

204

Umwandlung: Kein anteiliger Untergang des Gewerbeerlusts bei Formwechsel der an einer Personengesellschaft beteiligten Kapitalgesellschaft in eine Personengesellschaft (FG Schleswig-Holstein v. 28.9.2016 – 2 K 41/16)

207

Der GmbHR-Kommentar

von Joachim Lahl / Christian Pedak, LL.M. Tax.

209

Organschaft: Wegfall einer umsatzsteuerlichen Organschaft in der Insolvenz (BFH v. 24.8.2016 – V R 36/15)

210

Gewerbsteuer: Gewerbesteuerrechtliche Hinzurechnung von Mietzinsen (Entgelt für die Überlassung von Ausstellungsflächen in Messehallen) (BFH v. 25.10.2016 – I R 57/15)

212

Gründerwerbsteuer: Verkauf von Grundbesitz einer GmbH an einen Landkreis (BFH v. 9.11.2016 – II R 12/15)

214

**Unverzichtbar für den
Jahresabschluss 2016**

otto-schmidt.de/stgh

Inhalt

IM BLICKPUNKT

Dr. Ralph Wagner, LL.M., Dresden

GmbH-Gründungskosten – recht und schlecht R 49

Unternehmensrecht

Keine Einladung zur Gesellschafterversammlung durch nur noch formal berechtigten Geschäftsführer R 53

Noch mehr Transparenz R 53

Digitalisierung, auch in der Versicherungswirtschaft R 53

Steuer- & Bilanzrecht

Zuordnung des Veräußerungsgewinns aus einer Management-Kapitalbeteiligung R 54

Organisatorische Eingliederung und ständige Unternehmenstätigkeit des Organträgers R 55

Umsatzsteuerliche Behandlung von Konsignationslagern R 55

Verwaltungsgrundsätze Betriebsstättengewinnaufteilung (WVG BsGa) R 55

Arbeits- & Sozialrecht

Massenentlassungen: Gesetz zum Verbot von Massenentlassungen wäre zulässig R 56

Betriebliche Übung: Keine Marzipantorte für Betriebsrentner R 57

Europa-Praxis

EU-Kommission evaluiert Produkthaftungsrichtlinie R 57

EU muss Schadenersatz zahlen wegen überlanger Gerichtsverfahren R 57

Entwurf einer E-Privacy-Verordnung der EU-Kommission – Neuregelung der Cookie-Regelungen R 58

Wirtschafts-Praxis

Studie zu den größten Einzelhandelsunternehmen weltweit R 60

Schneller Internet-Anschluss bei Unternehmen in Europa R 61

Zeitschriftenspiegel

R 61

Buchbesprechung

Kallmeyer, Umwandlungsgesetz (*Dr. Eckhard Wälzholz*) R 62

Tagungshinweis

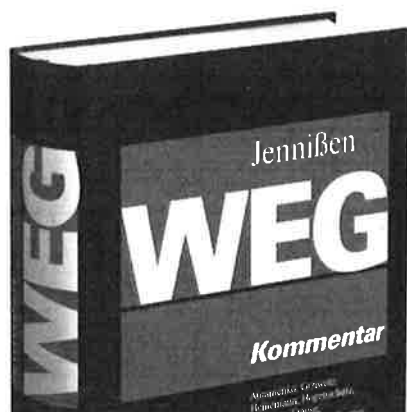
Hannoversches Symposium zum Gesellschafts- und Steuerrecht R 63

Impressum

R 64

Dieser Ausgabe liegen folgende Prospekte bei: „Hopt/Seibt, Schuldverschreibungsrecht“, „Kallmeyer, Umwandlungsgesetz“, „Die Familienstiftung in der Unternehmensnachfolge“, Verlag Dr. Otto Schmidt; „Unternehmensbewertung“, Centrale für GmbH sowie „Fachanwaltslehrgang Internationales Wirtschaftsrecht“, Fachseminare von Fürstenberg. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

Die bessere Wahl



otto-schmidt.de/weg5

Eine innere Notwendigkeit.



otto-schmidt.de/sst2

Inhaltsverzeichnis

Benedikt Kommenda	4
„Jeder Portier wird nach strengeren Kriterien aufgenommen als ein Aufsichtsrat“ Interview mit Dr. Josef Fritz	
Brigitte Frey / Josef Baumüller	7
Nachhaltigkeitsberichterstattung rückt in die Verantwortung von Vorstand und Aufsichtsrat	
Gernot Wilfling	16
Director's Dealings: Welche Pflichten Aufsichtsräte treffen	
Markus Taufner / Markus Reinfeld	20
Zur vereinfachten GmbH-Gründung nach dem Deregulierungsgesetz 2017	
Johannes Peter Gruber	25
Die stiftungsrechtliche Rechtsprechung des OGH im Jahr 2016	
Johannes Peter Gruber	29
Auch ein mit 0,00009 % beteiligter Aktionär kann einen Beschluss der Hauptversammlung erfolgreich anfechten	
Michael Barnert	31
Literaturrundschau	
Aus dem Firmenbuch – Veränderungen bei Aufsichtsratsmandaten	32



Aufsichtsrat

aktuell

Impressum

Fachinformation für die verantwortungsvolle
Kontrolle und Beratung von Unternehmen
und Stiftungen

Ausgabe 1/2017

Redaktion

Hon.-Prof. Dr. Leo Chini
E-Mail: ARaktuell@lindeverlag.at

Redaktionsbeirat

RA Dr. Nikolaus Arnold,
Dr. Josef Fritz,
Dr. Erhard Grossnigg,
RA Dr. Herbert Hochegger,
Univ.-Prof. Dr. Susanne Kalss
Medieninhaber, Herausgeber und
Medienunternehmen
Linde Verlag Ges.m.b.H.,
A-1210 Wien, Scheydgasse 24;
Telefon: 01/24 630 Serie,
Telefax: 01/24 630-23 DW,
E-Mail: office@lindeverlag.at;
http://www.lindeverlag.at

DVR 0002356.

Rechtsform der Gesellschaft: Ges. m. b. H.,
Sitz: Wien

Firmenbuchnummer: 102235x
Firmenbuchgericht: Handelsgericht Wien,
ARA-Lizenz-Nr. 3991
Gesellschafter: Axel Jentzsch,
Mag. Andreas Jentzsch
Geschäftsführer: Mag. Klaus Kornherr

Erscheinungsweise

Erscheint sechsmal jährlich.

Bezugspreise

Jahresabonnement 2017
(Print und online) 170,- €
zuzüglich MwSt. und Versandkosten.
* Einzelheft 2017 33,18 €
zuzüglich MwSt. und Versandkosten.

Unterbleibt die Abbestellung, so läuft das
Abonnement automatisch zu den jeweils gültigen
Konditionen ein Jahr weiter. Abbestellungen
sind nur zum Ende eines Jahrganges mög-
lich und müssen bis spätestens 30. November
schriftlich erfolgen.

Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit
ausdrücklicher Bewilligung des Verlages ge-
stattet. Es wird darauf verwiesen, dass alle
Angaben in dieser Fachzeitschrift trotz sorgfäl-
tiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und
eine Haftung des Verlages, der Redaktion oder
der Autoren ausgeschlossen ist.

Mit der Einreichung seines Manuskriptes räumt
der Autor dem Verlag für den Fall der Annahme
das übertragbare, zeitlich und örtlich unbe-
schränkte ausschließliche Werknutzungsrecht
(§ 24 UrhG) der Veröffentlichung in dieser
Zeitschrift ein, einschließlich des Rechts der
Vervielfältigung in jedem technischen Verfah-
ren (Druck, Mikrofilm etc.) und der Verbreitung
(Verlagsrecht) sowie der Verwertung durch Da-
tenbanken oder ähnliche Einrichtungen, des
Rechts der Vervielfältigung auf Datenträgern
jeder Art, der Speicherung in und der Ausga-
be durch Datenbanken, der Verbreitung von
Vervielfältigungsstücken an die Benutzer, der
Sendung (§ 17 UrhG), sonstigen öffentlichen
Wiedergabe (§ 18 UrhG) sowie der öffentlichen
Zurverfügungstellung, insbesondere über das
Internet (§ 18a UrhG). Gemäß § 36 Abs. 2 UrhG
erlischt die Ausschließlichkeit des eingeräum-
ten Verlagsrechts mit Ablauf des dem Erschei-
nen des Beitrages folgenden Kalenderjahres;
dies gilt für die Verwertung durch Datenbanken
nicht.

Anzeigenverkauf und -beratung

Gabriele Hladik, Tel.: 01/24 630-19
E-Mail: gabriele.hladik@lindeverlag.at
ISSN 1813-6923

— Herstellung —



Druckerei Hans Jentzsch & Co. GmbH

1210 Wien, Scheydgasse 31, Tel.: 01/2784216-0; office@jentzsch.at; mehrfach umweltzertifiziert – www.jentzsch.at

Aufsätze

Baroch Castellví, Manuel

Zum Anwendungsbereich der PRIIP-Verordnung auf Produkte von Lebensversicherern – was ist ein Versicherungsanlageprodukt? 129

Tagungsberichte

34. Münsterischer Versicherungstag 137

Bücher 140

Literaturhinweise 142

Rechtsprechung**Versicherungsvertragsrecht****Sämtliche Versicherungszweige**

OLG Köln 22. 4. 2016 (20 U 210/15) **Treuwidrige Berufung auf fehlende Erfüllung der Zahlung an einen Dritten nach sehr spätem Widerruf der Inkassovollmacht** 144

Lebensversicherung

LG Bamberg 1. 8. 2016 (2 O 42/16 Ver) **Trotz Widerspruchs gem. § 5 a VVG a. F. keine Rückabwicklung eines bereits gekündigten und vollständig erfüllten Vertrags** 145

Berufsunfähigkeitsversicherung

BGH 7. 12. 2016 (IV ZR 434/15) **Keine Verrechnung von Freizeit und Arbeitserleichterungen mit der Einkommensdifferenz im Nachprüfungsverfahren** 147

Krankheitskostenversicherung

OLG Köln 15. 1. 2016 (20 U 186/15) **Schicksal der Alterungsrückstellungen bei Anfechtung eines Krankenversicherungsvertrags durch den Versicherer L** 150

Unfallversicherung

OLG Karlsruhe 11. 1. 2016 (9 U 98/14) **BAK von 1 ‰ reicht für Nachweis alkoholbedingter Bewusstseinsstörung als Unfallursache nicht aus L** 150

OLG Köln 4. 3. 2016 (20 U 175/15) **Versicherungsschutz bei unfallbedingten Bandscheibenschäden** 150

Kfz-Kaskoversicherung

OLG Hamm 2. 11. 2016 (20 U 19/16) **Durch „Wasserschlag“ vergrößerter Überschwemmungsschaden ist erstattungsfähig** 151

Sachversicherung

BGH 13. 10. 2016 (IX ZR 214/15) **Ermittlung des Zeitwertschadens nach den Bestimmungen über den Versicherungswert** 153

Leitungswasserversicherung

LG Frankfurt/M. 18. 3. 2016 (2-08 O 259/14) **Keine fehlende Bezugfertigkeit bei Umbauarbeiten** 157

Vertriebsrecht**Versicherungsmakler**

BGH 10. 3. 2016 (I ZR 147/14) **Pflichten des Versicherungsmaklers bei sachwidrigen Weisungen des (noch) nicht ausreichend beratenen VN** 158

Haftungsrecht**Anlageberaterhaftung**

BGH 17. 6. 2016 (V ZR 134/15) **Verjährungsbeginn bei Schadensersatzanspruch wegen Fehlberatung über Höhe monatlicher Zuzahlung bei Erwerb von Eigentumswohnung** 162

Arzthaftung

BGH	8. 11. 2016 (VI ZR 594/15)	Verjährung von Ansprüchen aus Behandlungsfehlern und aus Aufklärungsversäumnissen	165
-----	----------------------------	--	-----

Garantieverpflichtung

OLG München	23. 3. 2016 (3 U 1178/14)	Unwirksamkeit eines Garantieausschlusses wegen Nichteinhaltung der Betriebsanleitung unabhängig von der Kausalität für den Schaden	168
-------------	---------------------------	---	-----

Gesamtschuld

BGH	8. 11. 2016 (VI ZR 200/15)	Einheitliche Verjährung des Ausgleichsanspruchs aus § 426 Abs. 1 S. 1 BGB auch für voraussehbare nachträgliche Schadensfolgen	170
-----	----------------------------	--	-----

Luftverkehr

BGH	8. 11. 2016 (VI ZR 694/15)	Schäden des an der Flugzeuglandung beteiligten Flugsicherungsunternehmens werden von der Luftfahrzeughalterhaftung nicht umfasst	173
-----	----------------------------	--	-----

Nachbarrecht

OLG Brandenburg	7. 1. 2016 (5 U 76/14)	Haftung für Feuchtigkeitsschäden an freigelegten Außenwänden des Nachbargebäudes nach Gebäudeabriss	175
-----------------	------------------------	---	-----

Schadensersatz statt Leistung

BGH	18. 3. 2016 (V ZR 89/15)	Schadensersatz statt der Leistung bei nicht erfüllter Herausgabepflicht nach § 985 BGB durch bösgläubigen oder verklagten Besitzer	176
-----	--------------------------	--	-----

Schmerzensgeld

BGH	16. 9. 2016 (VGS 1/16)	Wirtschaftliche Verhältnisse des Schädigers und des Geschädigten können bei der Schmerzensgeldbemessung berücksichtigt werden	180
-----	------------------------	--	-----

Straßenverkehr

Anscheinsbeweis

BGH	11. 10. 2016 (VI ZR 66/16)	Kein Anscheinsbeweis zulasten eines rückwärts ausparkenden Kfz bei möglichem Stillstand vor der Kollision	186
-----	----------------------------	--	-----

Prozessrecht

Nebenintervention

OLG Karlsruhe	18. 11. 2016 (12 W 17/16)	Wegfall des Rechtsschutzbedürfnisses für Entscheidung über Zulassung der Nebenintervention	187
---------------	---------------------------	--	-----

Versäumnisurteil

BGH	26. 11. 2015 (VI ZR 488/14)	Keine Revision gegen zweites Versäumnisurteil gestützt auf Besetzungsrüge wegen Verwerfung von Richterablehnungsgesuchen	188
-----	-----------------------------	--	-----

Sozialversicherungsrecht

Gesetzlicher Forderungsübergang

OLG Jena	22. 6. 2016 (7 U 731/15)	Analoge Geltung des Familienprivilegs bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften auch für Direktanspruch gegen Haftpflichtversicherer	190
----------	--------------------------	--	-----

Auslandsrecht (Österreich)

Haushaltsversicherung

OGH	25. 5. 2016 (7 Ob 76/16 a)	Bloßes Zuziehen einer Wohnungstür als Obliegenheitsverletzung	191
-----	----------------------------	---	-----

Der Buchstabe L hinter dem Kurzinhalt bedeutet, dass von der Entscheidung nur der Leitsatz veröffentlicht wird.

Inhaltsverzeichnis

ZInsO-Aktuell

ZInsO-Beihemer: Insolvenzreport 7/2017

ZInsO-Aufsätze

Die Zahlungsunfähigkeit und die diesbezügliche Kenntnis des Leistungsempfängers innerhalb der Deckungsanfechtung des § 130 InsO.	297
<i>von Stadtrechtsdirektor a.D. Markus Geißler, Freiburg i. Br</i>	
Wichtige Entscheidungen zum Insolvenzstrafrecht aus den Jahren 2016/2017	307
<i>von Oberstaatsanwalt Raimund Weyand, St. Ingbert</i>	

Praxis-Report

BilMan – ein Werkzeug zur Identifizierung von Auffälligkeiten in Jahresabschlüssen	314
<i>von Senator e.h., Dr. rer. pol. Michael Harz, Dr.-Ing. Mathias Bauer, Dipl.-Inform. Patrick Brandmeier und Professor Wilhelm Hauser, Saarbrücken</i>	

ZInsO-Bücher- und Zeitschriftenreport

In dieser Rubrik geben wir eine Übersicht über die wichtigsten und interessantesten Veröffentlichungen aus dem Bereich des Insolvenzrechts	317
--	-----

Diese Ausgabe enthält Rezensionen zu folgenden Titeln:
Siegfried Beck/Peter Depré, Praxis der Insolvenz, Handbuch
Volker Römermann, Sanierungshandbuch für Steuerberater

ZInsO-Rechtsprechungsreport

Entscheidungsreport

• Insolvenzrecht

Zur Anfechtbarkeit der Befriedigung aus einer harten Patronatserklärung	318
<i>BGH, Beschl. v. 12. 1. 2017 – IX ZR 95/16</i>	
Rechtsweg für Berichtigungen der Insolvenztabelle	320
<i>BGH, Beschl. v. 24. 11. 2016 – IX ZB 4/15</i>	
Rückforderung der Vorabvergütung eines stillen Gesellschafters im Anfechtungsweg durch den Insolvenzverwalter	321
<i>OLG Hamm, Urt. v. 12. 12. 2016 – 8 U 44/16</i>	
Kostentragungspflicht bei Beauftragung externer Dienstleister im Ermittlungsverfahren	324
<i>OLG SchlH, Beschl. v. 10. 1. 2017 – 2 Ws 441/16 (165/16)</i>	
Leistungsklage des Insolvenzverwalters wegen offener Gewerbesteuer gegenüber den Gesellschaftern einer GbR	326
<i>VG Arnsberg, Urt. v. 1. 12. 2016 – 5 K 4079/15</i>	
Anordnung eines Einziehungsverbots auch in der Eigenverwaltung	328
<i>AG Leipzig, Beschl. v. 25. 1. 2017 – 401 IN 81/17</i>	

• Arbeits- und Sozialrecht

Massenentlassungsanzeige; Anknüpfung einer Ungleichbehandlung unmittelbar und ausdrücklich an das Geschlecht; faktische Diskriminierung von Frauen	329
<i>BVerfG, Beschl. v. 8. 6. 2016 – 1 BvR 3634/13</i>	
Fehlerhafte Massenentlassungsanzeige; Anforderungen an ein ordnungsgemäßes Konsultationsverfahren	332
<i>BAG, Urt. v. 22. 9. 2016 – 2 AZR 276/16</i>	



Betrieblicher Geltungsbereich des Kündigungsschutzgesetzes; Betriebsbegriff im Kündigungsschutzgesetz; Darlegungs- und Beweislast für die betrieblichen Geltungsvoraussetzungen des Kündigungsschutzgesetzes	337
<i>BAG, Urt. v. 19. 7. 2016 – 2 AZR 468/15</i>	
• Insolvenzsteuerrecht	
Sanierungserlass (2003) des BMF verstößt gegen den Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	340
<i>BFH, Beschl. v. 28. 11. 2016 – GrS 1/15</i>	
<i>m. Anm. de Weerth</i>	
• Vergütungsrecht	
Anspruch auf Rückzahlung einer zu hoch abgerechneten Vergütung eines vormaligen Insolvenzverwalters; Berechnungsgrundlage; Zuschlag von 15 % für obstruierenden Schuldner	353
<i>LG Münster, Urt. v. 12. 1. 2017 – 102 O 17/16</i>	

HERAUSGEBER

Herausgeber:

Prof. Dr. Christian Berger • RA Dr. Susanne Berner • Michael Bretz • RA Dr. Christian Brünkmans • RA Dr. Jan de Weerth • Prof. Dr. Ulrich Foerste • RA Dr. Michael C. Frege • RiAG Frank Frind • RiBGH Prof. Dr. Markus Gehrlein • Prof. Dr. Hugo Grote • RA Dr. Andreas Henkel • WP/StB Michael Hermanns • Prof. Dr. Heribert Hirte • RiAG Martin Horstkotte • Präs. LG a.D. Prof. Dr. Michael Huber • RA Peter J. Hützen • RA Dr. Karen Kuder • RA Dr. Norbert Küpper • RiAG Dr. Peter Laroche • Prof. Dr. Wolfgang Marotzke • PD Dr. Sebastian Mock • RA Patrick Mückl • Prof. Dr. Bettina Nunner-Krautgasser • RA Dr. Manfred Obermüller • Vors. RiOLG Dr. Dietmar Onusseit • RA Prof. Dr. Klaus Panien • RiBGH Prof. Dr. Gerhard Pape • RA Dr. Christoph Poertzgen • RA Stephan Ries • Prof. Dr. Thomas Rönnau • Prof. Dr. Jessica Schmidt • RiBGH Prof. Dr. Lutz Strohn • RiBGH a.D. Gerhard Vill • OStA Raimund Weyand

Schriftleitung:

RA Prof. Dr. Hans Haarmeyer

Gründungsherausgeber:

RiBGH a.D. Hans-Peter Kirchhof • Vors. RiBGH a.D. Dr. Gerhart Kreft • Vors. RiLAG a.D. Ernst-Dieter Berscheid • RiBGH Prof. Dr. Gerhard Pape • Prof. Udo Hintzen • Prof. Dr. Heribert Hirte • RA Dr. Manfred Obermüller • RA Wolfgang Wutze • RA Dr. Karsten Förster • Michael Bretz • Prof. Dr. Hugo Grote • RA Martin Nothhoff • Dipl.-Kfm./StB Gerd Scholten • OStA Raimund Weyand

Urheber- und Verlagsrechte:

Annahme nur von Originalaufsätzen, die ausschließlich dem Verlag zur Alleinverwertung in allen Medien angeboten werden. Mit der Annahme des Manuskripts durch den Verlag überträgt der Autor dem Verlag für die Dauer von vier Jahren das ausschließliche, danach das einfache Nutzungsrecht. Das Nutzungsrecht umfasst insbesondere auch die Befugnis zur Einspeicherung in Datenbanken sowie zur weiteren Vervielfältigung im Wege fotomechanischer oder elektronischer Verfahren, einschl. Disketten, CD-ROM, DVD und Online-Diensten.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages unzulässig.

IMPRESSUM

Wolters Kluwer Deutschland GmbH
Carl Heymanns Verlag
Luxemburger Str. 449, 50939 Köln
<http://www.insolvenzrecht.jurion.de>

Kundenservice: (0 26 31) 801-22 22

Erscheinungsweise: wöchentlich

Anzeigenverkauf: Karsten Kühn

Telefon: (02 21) 9 43 73-77 97

Telefax: (0221) 9 43 73-1 77 97

E-Mail: Karsten.Kuehn@wolterskluwer.com

Anzeigendisposition: Karin Odening

Telefon (02 21) 9 43 73-77 60

E-Mail: anzeigen@wolterskluwer.com

Schriftleiter: Rechtsanwalt Prof. Dr. iur. Hans Haarmeyer

E-Mail: hans.haarmeyer@t-online.de

Redaktion: Henrieke Oppmann, Michaela von Rüden

Luxemburger Str. 449, 50939 Köln

Telefon: (02 21) 9 43 73-73 54

Telefax: (02 21) 9 43 73-1 73 54

E-Mail: Henrieke.Oppmann@wolterskluwer.com

Bezugspreis zzgl. Versandkosten

(monatlich im Voraus): € 56,60

Preis für das Einzelheft: € 26,00

Kündigungsfrist:

6 Wochen zum Ende des Bezugsjahres

Herstellung: Appel & Klingler Druck und Medien GmbH, Schneckenlohe

ISSN 1615-8032

Die Aktiengesellschaft

Börsenpflichtblatt
der Frankfurter
Wertpapierbörse



Zeitschrift für das
gesamte Aktienwesen,
für deutsches,
europäisches und
internationales
Unternehmens- und
Kapitalmarktrecht



Inhalt · 62. Jahrgang · Heft 4/2017

Aufsätze

Prof. Dr. Jens Ekkenga

Mitbestimmung der Aktionäre über Erfolgsvergütungen für Arbeitnehmer

Erfolgsabhängige Bonuszahlungen werden im Aktienrecht bislang ausschließlich mit Blick auf Vergütungssysteme für Vorstände und Aufsichtsräte diskutiert. Ungleich voluminöser und aus Aktionärsicht u.U. belastender sind jedoch die im banklichen wie außerbanklichen Sektor beobachteten Bonussysteme für Angestellte. Der Beitrag nimmt dies zum Anlass, die der AG-Verwaltung hier durch das AktG gezogenen Grenzen der Leitungs- und Kontrollautonomie im Personalwesen aufzuzeigen. Der Autor gelangt zu dem Ergebnis, dass den Aktionären entgegen landläufiger Meinung und Praxis durchaus ein gewisses Recht zur Mitbestimmung über die Einführung solcher Bonussysteme zusteht.

89

RA Philip J. S. Fendt

Der Aufsichtsrat in der Mitverantwortung einer interessenpluralistischen Formalzielbestimmung

Bitte nicht schon wieder das Thema „Unternehmensinteresse“. Nach über 40 Jahren abstrakter und ermüdender Theoriedebatten über die oberste Handlungsmaxime von kapitalmarktorientierten Aktiengesellschaften könnten diese wahrlich zurückgefahren werden, würden nicht regelmäßig wiederkehrende Firmenturbulenzen und -skandale diese Thematik immer wieder neu beleben. Und stets stellt sich dann die stereotype Frage, welchen Leitmaximen und mehr noch, welchen Werten Unternehmensleiter und Kontrollorgane eigentlich verpflichtet sind und mit welcher Sorgfalt insbesondere der Aufsichtsrat seinen Überwachungspflichten nachkommt? Diesen Fragen geht der Beitrag nach mit dem Ergebnis, dass Aktiengesellschaften von einem passiven Leitbild-Kurs auf proaktiv umschalten müssen, um Freiräume für unternehmerische Profilarbeit zu schaffen und enge Handlungsspielräume aufzubrechen. Mit einem souveränen normativen Management lassen sich ein Mehr an Selbstbestimmung und völlig neue Perspektiven für eine werte- und wertorientierte Unternehmensentwicklung in dynamischem Umfeld gewinnen, wobei die Zuständigkeit dann vor allem beim Aufsichtsrat liegt, der in enger Abstimmung und Kommunikation mit Aktionären und weiteren Stakeholdern agiert.

99

Notarassessor Dr. Sebastian Blasche

Satzungsregelungen zur Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder

In den Satzungen von Aktiengesellschaften finden sich üblicherweise Regelungen zur Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder. Hierbei trifft man immer wieder auf gewissermaßen „klassische“ Themen, wie die Möglichkeiten zur Verkürzung der Amtszeiten, zur Regelung unterschiedlicher Längen der Amtszeiten und zur Regelung eines sog. staggered board. Hinzu kommt seit dem Inkrafttreten des AGG auch die Problematik der Begrenzung der Amtszeit durch Höchstaltersgrenzen. Der Beitrag befasst sich mit den bei diesen Themen typischerweise anzutreffenden Gestaltungs- und Rechtsfragen und wird abgerundet durch Überlegungen zu den Auswirkungen von Satzungsänderungen, die die Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder betreffen, auf das Amt der zu diesem Zeitpunkt amtierenden Aufsichtsratsmitglieder.

112

Rechtsprechung

Untreue des Vorstandsmitglieds durch die Bildung schwarzer Kassen

BGH v. 6.9.2016 – 1 StR 104/15

117

Veräußerungskosten nach § 8b Abs. 2 Satz 2 KStG bei ausschließlich auf Anteilsveräußerungen ausgerichtetem Geschäftsbetrieb, Vorratsgesellschaften

BFH v. 15.6.2016 – I R 64/14

118

Beschwerde im Spruchverfahren, Ermittlung des Börsenkurses

OLG Düsseldorf v. 26.9.2016 – I-26 W 3/16 (AktE)

121

Unternehmenskauf, Haftung für Bilanzmanipulationen

OLG Düsseldorf v. 16.6.2016 – I-6 U 20/15

124

Buchbesprechungen

Tobias Bürgers/Torsten Körber (Hrsg.)

Aktiengesetz

(Prof. Dr. Bernhard Großfeld)

127

Impressum

R 64

Rechts-Report

Anlegerschutz

Beginn der kenntnisabhängigen Verjährungsfrist für Rückforderungsansprüche der Darlehensgebühr

R 51

Neues aus Brüssel

EU muss Schadenersatz zahlen wegen überlanger Gerichtsverfahren

R 53

Internationale Rechtsangleichung, Auslandsrechte

Wahlen der Arbeitnehmervereiner zum Aufsichtsrat – Wahlrecht der Arbeitnehmer in ausländischen Tochtergesellschaften?

R 53

Kapitalmarkt-Report

Börse

Frankfurter Wertpapierbörse ersetzt Entry Standard durch neues Mittelstandssegment

R 55

10 Jahre Exchange Traded Commodities auf Xetra

R 56

Erste grüne Staatsanleihe an der Luxemburger Börse

R 56

Spanischer Index Ibex-35 feiert 25-jähriges Jubiläum

R 56

Nyse übernimmt National Stock Exchange

R 57

Erster Schariah-konformer Goldfuture in Singapur

R 57

Branchen- und Unternehmens-Report

Branchen-Nachrichten

Stammdatenmanagement in Unternehmen

R 57

Internetbasierte Fahrzeugzulassung

R 58

Jahresabschlüsse

Deutsche Beteiligungs AG

R 59

Kromi Logistik AG

R 60

Bibliothek

Neuerscheinungen

R 62

Zeitschriftenspiegel

R 62

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der Fachseminare von Fürstenberg bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

Arbeitsrecht hat
viele Gesichter.



otto-schmidt.de/hwk7

Zwei auf
einen Streich.



otto-schmidt.de/bdsg2

BETRIEBSWIRTSCHAFT

AUFSATZ

Handelsbilanzrecht/Rechnungslegung

Neue Regeln für den Urlaubsanspruch und ihre bilanziellen Implikationen

RA Dr. Roman Frik, LL.M. (Köln/Paris) / WP Dr. Christoph Eppinger / WP/StB/CVA Steffen Daubner, alle Stuttgart

Die aktuelle arbeitsrechtliche Rspr. des EuGH zum Urlaubsanspruch nimmt insb. den Wechsel zwischen unterschiedlichen Beschäftigungssituationen in den Blick. Diese Neurungen haben unmittelbar Auswirkung auf die Ermittlung einer Urlaubsrückstellung, deren Höhe auf die Anzahl zu gewährenden Urlaubstage abstellt. Das arbeitsrechtliche Verständnis und die steuerbilanziellen Auffassung zur Gewährung eines finanziellen Ausgleichsanspruchs gleichen sich hierbei an – im Gegensatz zur handelsbilanziellen Interpretation des Urlaubsanspruchs als Erholungszeit.

DB1223630

S. 257

KOMPAKT

Handelsbilanzrecht/Rechnungslegung

Keine Abführungssperre für Bewertungsgewinne aus der Anwendung des § 253 Abs. 2 HGB n.F.

WP/StB Prof. Dr. Peter Oser, Stuttgart /

WP/StB Dr. Holger Wirtz, Duisburg

DB1226379

S. 261

STEUERRECHT

AUFSATZ

Internationales Steuerrecht

Implementierung der länderbezogenen Berichterstattung in die Berichtssysteme und -prozesse einer multinationalen Unternehmensgruppe (Teil 1)

Prof. Dr. Siegfried Grotherr, Hamburg

Die ersten steuerlichen länderbezogenen Berichte (CbC Reports) werden voraussichtlich bis Ende 2017 dem BZSt zu übermitteln sein. Künftig könnte auf EU-Ebene noch die Veröffentlichung eines länderspezifischen Ertragsteuerinformationsberichts im Rahmen der Finanzberichterstattung durch Änderung der Rechnungslegungsrichtlinie drohen. Darüber hinaus ist denkbar, dass nach 2020 die im CbC Report auszuweisenden Unternehmensdaten durch internationale Vorgaben noch erweitert werden. Daher ist es spätestens jetzt an der Zeit, die länderbezogene Berichterstattung in die Aufbau- und Ablauforganisation der konzerninternen Berichtssysteme und -prozesse zu implementieren. Vor diesem Hintergrund werden die Herausforderungen, die sich in den genannten Bereichen stellen, näher erörtert.

DB1223497

S. 263

Internationales Steuerrecht

Neues zur „Selektivität“ im EU-Beihilferecht

RA/FAStR/StB Dr. Jan de Weerth, Frankfurt/M.

Staatliche Beihilfen bedürfen einer Genehmigung durch die EU-Kommission (Art. 107 Abs. 3 AEUV). Ansonsten drohen Rückforderungsansprüche (Art. 108 AEUV). Im Steuerrecht hat das zuletzt die EuG-Entscheidung zur sog. „Sanierungsklausel“ gezeigt (vgl. de Weerth, DB 2016 S. 682). Bei gesetzlich gewährten Beihilfen insb. im Steuerrecht ist zuletzt fraglich geworden, ob nicht die Beihilfekontrolle zurückgedrängt werden soll, indem das Merkmal der „Begünstigung bestimmter Unternehmen“ (Art. 107 Abs. 1 Satz 1 AEUV), also die „Selektivität“, enger als bislang verstanden wird.

DB1227455

S. 275

KOMPAKT

Umsatzsteuer

Ort der Lieferung bei Versendung über ein Konsignationslager

RA/StB Dr. Helge Jacobs / RA Alexander Zitzl, beide München

DB1228227

S. 277

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Umsatzsteuer

Umsatzsteuerrechtliche Beurteilung von Sale-and-lease-back-Geschäften

BMF, Schreiben vom 03.02.2017

DB1228724

S. 278

Abgabenordnung

Verlagerung der elektronischen Buchführung und von elektronischen Aufzeichnungen ins Ausland

Bayerisches Landesamt für Steuern, Verfügung vom

20.01.2017

DB1228264

S. 279

Abgabenordnung

Aufbewahrung und Archivierung von elektronischen Kontoauszügen

Bayerisches Landesamt für Steuern, Verfügung vom

20.01.2017

DB1228263

S. 280

Abgabenordnung

Archivierung von Rechnungen und Lieferscheinen auf CD

Bayerisches Landesamt für Steuern, Verfügung vom

20.01.2017

DB1228267

S. 280

ENTSCHEIDUNGEN

Bilanzsteuerrecht/Abgabenordnung

Wirtschaftliches Eigentum an Leasinggegenständen im Rahmen von Sale-and-lease-back-Gestaltungen

BFH, Urteil vom 13.10.2016 – IV R 33/13

DB1228827

S. 281

Körperschaftsteuer

Pflegeheim-GmbH: Erbschaft als Betriebseinnahme

BFH, Urteil vom 06.12.2016 – I R 50/16

DB1228832

S. 285

Einkommensteuer

Übergangsregelung zur Verrechnung von Verlusten aus privaten Veräußerungsgeschäften mit Aktien

BFH, Urteil vom 06.12.2016 – IX R 48/15

DB1228831

S. 288

WIRTSCHAFTSRECHT

AUFSATZ

GmbH-Recht

Die deutsche Unternehmungsgesellschaft und ihre ausländischen Ableger – Bestandsaufnahme und Reformperspektiven

Prof. Dr. Dr. h.c. Holger Fleischer, LL.M., Hamburg

Fast ein Jahrzehnt nach ihrer Einführung ist die Unternehmungsgesellschaft (UG) in Deutschland fest etabliert. Der Beitrag unternimmt eine Bestandsaufnahme und lenkt den Blick sodann auf die ausländischen Ableger der UG in Belgien, Italien, Dänemark und Luxemburg. Untersucht wird insbesondere, inwieweit die dortigen Variationen des deutschen Grundmusters Reformimpulse für die hiesige UG bieten.

DB1228238

S. 291

KOMPAKT

Insolvenzrecht

Abwicklung von Finanzderivatekontrakten in der Insolvenz einer Vertragspartei: Änderung des § 104 InsO

RA Dr. Jörg Fried / RA Marc Voelcker, LL.M., Berlin

DB1228230

S. 300

ENTSCHEIDUNGEN

Aktienrecht

Keine Befugnis einer im Handelsregister zu Unrecht eingetragenen Komplementärin zur Einberufung der Gesellschafterversammlung gem. § 121 Abs. 2 Satz 2 AktG analog

BGH, Teilversäumnis- und Teilendurteil vom 25.10.2016 – II ZR 230/15

DB1228694

S. 301

Kapitalanlage

Erwerb einer Immobilie als Kapitalanlage: Zur Vermutung der Ursächlichkeit eines Beratungsfehlers für die Kaufentscheidung

BGH, Urteil vom 15.07.2016 – V ZR 168/15

DB1223634

S. 306

ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Betriebliche Altersversorgung

Teuerungsanpassung der Betriebsrenten in 2017

Michael Kelwing, Mülheim/R. / Gerd Ringwald, Stuttgart

Sagt ein Arbeitgeber seinem Arbeitnehmer laufende Leistungen der betrieblichen Altersversorgung zu, so ist er gem. § 16 Abs. 1 BetrAVG grds. verpflichtet, alle drei Jahre eine Anpassung dieser Leistungen aufgrund der Teuerungsrate zu prüfen. Folgender Beitrag erörtert und erläutert die anzuwendenden Bewertungsmaßstäbe.

DB1228290

S. 307

KOMPAKT

Entgeltrecht/Arbeitszeitrecht

Arbeitgeber muss Überstunden auch bei Verstoß gegen das Arbeitszeitgesetz vergüten

RA/FAArb Dr. Paul Melot de Beauregard, LL.M., München

DB1226108

S. 313

ENTSCHEIDUNGEN

Betriebsverfassungsrecht

Betriebsübergreifende Versetzung eines Betriebsratsmitglieds

BAG, Beschluss vom 27.07.2016 – 7 ABR 55/14

DB1223770

S. 314

Befristungsrecht/Arbeitnehmerüberlassung

Fortsetzung der Tätigkeit beim Entleiher nach Befristungsende: Kein unbefristeter Arbeitsvertrag mit Verleiher

BAG, Urteil vom 28.09.2016 – 7 AZR 377/14

DB1224604

S. 315

Urlaubsrecht/Entgeltrecht

An gesetzlichen Feiertagen während des Urlaubs besteht Anspruch auf Entgeltfortzahlung

BAG, Urteil vom 26.10.2016 – 5 AZR 456/15

DB1224606

S. 316



20. FEBRUAR 2017 | FRANKFURT AM MAIN

Jahrestagung Verrechnungspreise 2017

REFERENTEN

- **Lorenz Bernhardt**, RA/StB, Partner, Transfer Pricing, PwC (Tagungsleitung)
- **Dr. Stefan Greil**, Berlin
- **Till Reinfeld**, Partner, Transfer Pricing, WTS
- **Prof. Dr. Roman Seer**, Lehrstuhl für Steuerrecht, Direktor des Instituts für Steuerrecht und Steuervollzug, Ruhr-Universität Bochum
- **ORRin Ulrike Wolff-Seeger**, LL.M., M.R.F., Bayerisches Landesamt für Steuern
- u.v.a.

THEMENAUZUG

- Transfer Pricing Change: Die Maßnahmen der OECD und der EU-Kommission
- Neues im Bereich der Verrechnungspreise aus Sicht der deutschen Steuerverwaltung
- Brennpunkte laufender und zukünftiger Betriebsprüfungen & Umgang mit Verständigungsverfahren
- Transfer Pricing Interface: Tax, Accounting & Controlling
- Herausforderungen für konzerninterne Verrechnungspreise durch digitalisierte Prozesse
- u.v.a.

25% Rabatt
für Abonnenten von
DER BETRIEB!

VERANSTALTUNGSDETAILS

Termin:

20. Februar 2017 | 08.30 bis 17.15 Uhr

Veranstaltungsort:

Mövenpick Hotel Frankfurt City
Fon 069 7880750

Teilnahmegebühr:

Normalpreis 995 € zzgl. MwSt.

Frühbucherpreis bis zum 31.01.2017:
795 € zzgl. MwSt.25% Rabatt für Abonnenten von DER
BETRIEB auf den Normalpreis
(Doppelrabattierungen ausgeschlossen)

Information und Anmeldung: www.fachmedien-veranstaltungen.de/verrechnungspreise | Fon 0211 887-2850 | eMail: veranstaltungen@fachmedien.de

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

EuGH: Vergleichende Werbung von Preisen zwischen Geschäften unterschiedlicher Art und Größe kann irreführend sein (8.2.2017 – C-562/15)

BGH: Antrag des „Cum/Ex-Untersuchungsausschusses“ auf Anordnung der Durchsuchung von Kanzleiräumen abgelehnt (7.2.2017 – 1 BGs 74/17)

Governance

DCGK: Kodexänderungen 2017 beschlossen

Aufsätze

Dr. Benjamin Koch, RA

Passt der IP-Oldtimer noch in die „Garagen“ von heute? – zu den IP-rechtlichen Herausforderungen bei agilen Arbeitsmodellen

Deutsche Unternehmen setzen bei Entwicklungsprozessen zunehmend auf agile Arbeitsmodelle. Dies hat zunächst zu einer Vielzahl arbeitsrechtlicher Fragen geführt. Aber auch für das in agilen Entwicklungsprozessen entstehende geistige Eigentum gibt es Besonderheiten zu berücksichtigen, sowohl im Hinblick auf die vertragliche Ausgestaltung von Projektverträgen, als auch in der Projektphase selbst sowie im Hinblick auf die Berechnung der Arbeitnehmererfindervergütung. Der Aufsatz gibt einen Überblick über solche Besonderheiten sowie die Herausforderungen, die sich daraus für die beteiligten Unternehmen sowie insbesondere deren Patentabteilungen ergeben.

Dr. Albin Ströbl, RA, und Dr. Cathrin Wentzel, LL.M., RAin

Der Ausgleichsanspruch beim Vertrieb von Dauerschuldverhältnissen

Steht einem Handelsvertreter, der für den Unternehmer Dauerschuldverhältnisse vermittelt bzw. abschließt, ein Ausgleichsanspruch nach § 89b Abs. 1 HGB für sämtliche Dauerverträge zu, die zum Zeitpunkt der Beendigung des Handelsvertretervertrags noch eine gewisse Restlaufzeit aufweisen? Oder anders gefragt: Ist bei der Beurteilung des Ausgleichsanspruchs nach § 89b Abs. 1 HGB die Frage unerheblich, ob es sich bei den jeweiligen Kunden um Stammkunden handelt? Stellt schon der vermittelte bzw. abgeschlossene Dauervertrag für sich eine Geschäftsverbindung nach § 89b Abs. 1 S. 1 Nr. 1 HGB dar? Diese Fragen haben nach dem „Semen“-Urteil des EuGH und der daraus resultierenden Änderung des § 89b Abs. 1 HGB in der Praxis an Bedeutung gewonnen. Glückwohl führen sie in Rechtsprechung und Literatur ein Schattendasein. Dabei sind Handelsvertreter, die Dauerverträge (z. B. Telekommunikationsverträge, Abonnement-Verträge etc.) vermitteln, keine Seltenheit.

Entscheidungen

BGH: Formwechsel einer GmbH in eine GbR – Rechtsscheinhaftung eines zu Unrecht im Handelsregister eingetragenen Gesellschafters (18.10.2016 – II ZR 314/15 – dazu BB-Kommentar von **Prof. Dr. Sabine Otte-Gräbener, LL.M.**)

OLG Karlsruhe: Kartellschadensersatz – Beweis des ersten Anscheins für Umbrella-Effekt – Verjährungshemmung (9.11.2016 – 6 U 204/15 Kart (2) – dazu BB-Kommentar von **Dr. Thomas Kapp, LL.M., RA, und Anne Wegner, LL.M., RAin**)

Rezension

Der Lutter/Hommelhoff – etablierter Kurzkommentar auf dem Gebiet des GmbH-Rechts (Rezensent: **Prof. Dr. Markus Gehrlein**)

Steuerrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

EuGH: Voraussetzungen der Umsatzsteuerbefreiung einer innergemeinschaftlichen Lieferung (9.2.2017 – C-21/16)

BFH: Steuerliche Berücksichtigung eines vom Arbeitnehmer selbst getragenen Nutzungsentgelts bei Anwendung der Fahrtenbuchmethode (30.11.2016 – VI R 49/14)

BFH: Steuerliche Berücksichtigung von selbst getragenen Kraftstoffkosten bei Anwendung der 1%-Regelung (30.11.2016 – VI R 2/15)

BFH: Keine erweiterte Kürzung nach § 9 Nr. 1 Satz 2 GewStG bei Veräußerung eines Teils eines Mitunternehmeranteils (8.12.2016 – IV R 14/13)

BFH: Abgrenzung der nicht gewerbsteuerbaren Abwicklung eines nicht begonnenen Schiffsbetriebs von einer der Gewerbesteuer unterliegenden neuen werbenden Tätigkeit (13.10.2016 – IV R 21/13)

FG Köln: Betriebsaufspaltung: Keine personelle Verflechtung ohne Befreiung von der Beschränkung des § 181 BGB (7.12.2016 – 9 K 2034/14)

FG Düsseldorf: Privatnutzung eines Firmenfahrzeugs (24.1.2017 – 10 K 1932/16 E)

Verwaltung

BMF: Ort der sonstigen Leistung im Zusammenhang mit Grundstücken gem. § 3a Abs. 3 Nr. 1 UStG (10.2.2017 – III C 3 – S 7117-a/16/10001)

Gesetzgebung

BR: Ausweitung der Strafprozessordnung zur Verfolgung der Steuerkriminalität

Aufsätze

Dr. Axel Nientimp, StB/FBStR, Dr. Stefan Stein, StB/FBStR, Dr. Christian Schwarz und Dr. Nils Holinski, StB

Zuordnung und Vergütung immaterieller Werte in Betriebsstättenstrukturen

Bezugnehmend auf das finale BMF-Schreiben zur Betriebsstätten-gewinnaufteilung vom 22.12.2016 stellt der Beitrag betriebswirtschaftliche Konzepte vor, anhand derer Steuerpflichtige die Zuordnung und Vergütung immaterieller Werte in Betriebsstättenstrukturen analysieren und eine fremdübliche Gewinnaufteilung zwischen verschiedenen Betriebsstätten eines Unternehmens den Steuerbehörden darlegen und dokumentieren können.

Dipl.-Volksw. **Wolfgang Neyer, StB**

Der neue § 8d KStG: Verlustretter mit Schwachstellen

Mit § 8d KStG wird eine weitere Möglichkeit zur Rettung von Verlustvorträgen trotz schädlicher Anteilsübertragung i.S.d. § 8c Abs. 1 KStG geschaffen. Die neue Verschonungsregel ist bereits für Transaktionen im Jahr 2016 anwendbar.

Entscheidung

BFH: Umsatzsteuerrechtliche Organschaft: Zur organisatorischen Eingliederung und eigenständigen Unternehmenstätigkeit des Organträgers (12.10.2016 – XI R 30/14 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Helge Jacobs, RA/StB**)

Neuerscheinung Buch

Ensthaler/Weidert (Hrsg.), Urheberrecht und Internet

Kompakte Darstellung internetspezifischer Urheberrechtsfragen

Februar 2017, 720 Seiten, Kt., € 159,-

ISBN: 978-3-8005-1606-3 / Infos unter: www.shop.ruw.de

Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

Rechnungslegung

DRSC: Stellungnahme zu den Empfehlungen der Task Force on Climate-related Financial Disclosures

DRSC: Ergebnisse der 56. Sitzung des IFRS-Fachausschusses

DRSC: 57. Sitzung IFRS-Fachausschuss

EY: DAX-Konzerne korrigieren ihre Prognosen immer häufiger – zumeist nach oben

Wirtschaftsprüfung

IDW: Unternehmensrettung erschwert – Forderung nach einer Gesetzesänderung

WPK: Studienführer Wirtschaftsprüfung Sommersemester 2017

WPK: Liste der Anbieter von Studiengängen zum WP-Examen nach § 13b WPO aktualisiert

WPK: Mitgliederstatistik aktualisiert

Finanzierung

BMWi: Bundesregierung übernimmt Exportkreditgarantien von über 20 Mrd. Euro und Investitionsgarantien von über 4 Mrd. Euro

Betriebswirtschaft

KfW: Deutscher Mittelstand nutzt bisher kaum digitale Vertriebskanäle

Aufsatz

Prof. Dr. Joachim Schulze-Osterloh

Rangrücktritt in der Handelsbilanz zwischen BGH und BFH

Die Entscheidung des BGH vom 5.3.2015 über die Folgen eines Rangrücktritts für den Ausweis einer Verbindlichkeit in der Überschuldungsbilanz hat im Jahre 2016 in dieser Zeitschrift eine Kontroverse zwischen *W. Müller* (BB 2016, 491 ff. und 880) und *Kahlert* (BB 2016, 879) ausgelöst. Es geht dabei um die Frage, ob die mit einem Rangrücktritt versehene Verbindlichkeit in der Handelsbilanz des Schuldners zu passivieren ist. *Müller* verneint diese Frage, *Kahlert* bejaht sie. Nach Auffassung von *Schulze-Osterloh* sind beide Äußerungen wenig überzeugend, weil die Autoren unausgesprochen unterstellten, es gebe einen im Ergebnis einheitlichen Rangrücktritt. In dem Beitrag zeigt er, daß je nach dem Inhalt der Rangrücktrittserklärung unterschiedliche Folgen für den Ausweis der betroffenen Verbindlichkeit in der Handelsbilanz eintreten.

Entscheidung

BFH: Wirtschaftliches Eigentum an Leasinggegenständen im Rahmen von Sale-and-lease-back-Gestaltungen (13.10.2016 – IV R 33/13 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Florian Kleinmanns**, StB/RA/FAStR) 430

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BAG: Einstandspflicht des Arbeitgebers bei betrieblicher Altersvorsorge und die Voraussetzungen an eine Umfassungszusage (13.12.2016 – 3 AZR 342/15)

BAG: Schätzung von Umkleidezeiten (26.10.2016 – 5 AZR 168/16)

BAG: Freistellungsanspruch des Arbeitnehmers bei Vorliegen einer Betriebshaftpflichtversicherung (15.9.2016 – 8 AZR 187/15)

BAG: Tarifvertragliche Regelung der Wegezeitenvergütung (26.10.2016 – 5 AZR 226/16)

LAG Berlin-Brandenburg: Entschädigung einer Bewerberin mit Kopftuch als Lehrerin des Landes Berlin (9.2.2016 – 14 Sa 1038/16)

LAG Berlin-Brandenburg: Freistellung eines Konzernbetriebsrats (2.12.2016 – 9 TaBV 577/16)

ArbG Berlin: Kündigungsschutz nach MuSchG im Fall eines Auflösungsantrags analog (23.9.2016 – 28 Ca 4975/16)

ArbG Berlin: Fortgeltung eines Beschäftigungsanspruchs als Führungskraft (16.9.2016 – 28 Ca 5787/16)

ArbG Berlin: Teilurteil bei Entscheidungsreife eines Kündigungsschutzantrags bei Verbindung mit einem nicht entscheidungsreifen Auflösungsantrag (13.1.2017 – 28 Ca 3744/16)

Aufsatz

Dr. Martin Nebeling, RA/FAArbR, und Benjamin Karcher 437

Zugang einer Kündigungserklärung: Zustellungsmöglichkeiten und Probleme

In Deutschland werden vor den Arbeitsgerichten pro Jahr mehr als 200 000 Kündigungsschutzklagen erhoben. Damit werden insgesamt rund 20% der (arbeitgeberseitig) ausgesprochenen Kündigungen angefochten. Ein zentraler Streitpunkt ist dabei nicht selten die ordnungsgemäße und v.a. fristgerechte Zustellung des Kündigungsschreibens und in der Folge einerseits die Einhaltung der materiellen Ausschlussfrist der §§ 4, 7 KSchG und andererseits die Wahrung der (nächstmöglichen) Kündigungsfrist, die sich je nach Einzelfall, bei verspätetem Zugang erheblich verlängern kann. Grundsätzlich gilt bekanntermaßen: Wird eine Kündigungsschutzklage nicht innerhalb von drei Wochen nach Zugang der schriftlichen Kündigung erhoben, so gilt die Kündigung als von Anfang an wirksam. Andersherum beginnen auch die Kündigungsfristen erst in jenem Moment zu laufen, in welchem die Kündigungserklärung dem Empfänger (Arbeitnehmer) wirksam zugegangen ist.

Entscheidung

BAG: Erneutes Konsultations- und Anzeigeverfahren bei wiederholtem Ausspruch von Kündigungen (22.9.2016 – 2 AZR 276/16 – dazu BB-Kommentar von **Prof. Dr. Tim Jesgarzewski**, RA und FAArbR) 440

Handbuch Entgeltgestaltung



Jetzt bestellen!

Maschmann: Total Compensation
Handbuch der Entgeltgestaltung
Feb. 2017, Handbuch Recht Wirtschaft Steuern,
922 Seiten, Geb., ISBN 978-8005-3285-8
€ 179,-



dfv | 08581 9605-14 | info@suedost-service.de | www.ruw.de



Die Erste Seite

Georg Gößwein, LL.M.

Die Führungskraft als Treiber eines ressourcenschonenden Compliance-Management-Systems

Impressum/Vorschau

VIII



24 | COVER STORY

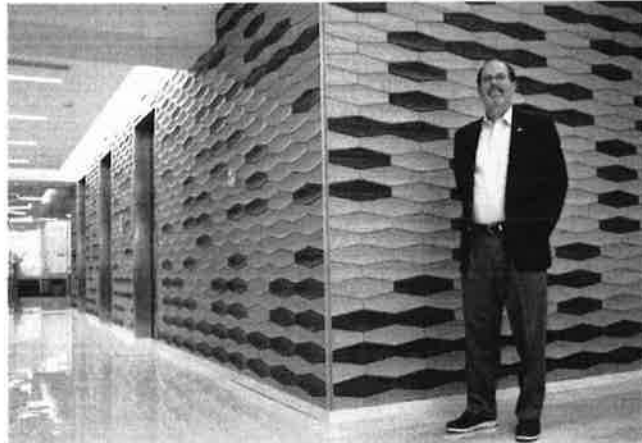
Flexibility as a retention tool

CPA firms are using employee-friendly working arrangements to aid retention in a challenging labor market, according to the 2016 Management of an Accounting Practice (MAP) survey.



30 | Find a mentor, land a new job

What happens when your mentor offers you a job? Kenneth Ashe, CPA, CGMA, lived that experience.



34 | Providing a future: A succession story

For the good of clients and employees, Virginia-based Wall, Einhorn & Chernitzer PC has made long-term success a priority.



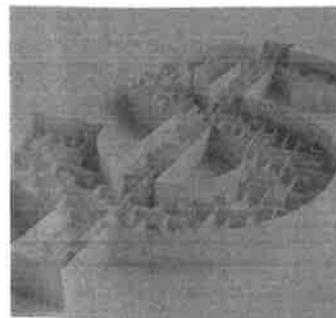
40 | Using surplus budgeting to advance and sustain your mission

A disciplined budgeting approach helped not-for-profit Ducks Unlimited overcome serious financial concerns following the most recent recession.



46 | Figuring out transfer pricing: How to set terms of negotiation between departments

Transfer pricing can be a battleground for competing interests within a company. When those interests aren't balanced, the company could lose out.



52 | Trusts and estates: Uses and tax considerations

Wealth planning with these often highly advantageous tools must be weighed against possible drawbacks of income tax accounting.

CONTENTS

NEWS DIGEST

- 9 | Client accounting services driving revenue growth**
FASB amends restricted-cash reporting rules
Golden reappointed chairman of FASB; PCC gets new members
FASB proposals address modification accounting, liabilities, and equity
FASB proposal would improve hedge accounting, AICPA committee says
AICPA urges changes to employee benefit reporting proposal
GASB tackles asset retirement, proposes implementation guide
FinREC issues revenue recognition working drafts for airline, gaming industries
Key dates; Drafts outstanding



COLUMNS

- 16 | Professional Liability Spotlight**
Take a hike: Ending client relationships
Treat a client termination as if it were a hike through uncharted lands.
- 18 | Checklist**
Addressing a career concern
A rising star used these techniques to overcome concerns about her performance.
- 20 | From CGMA Magazine**
Write a LinkedIn profile that draws in recruiters
Invest time in your LinkedIn profile to create the right impression and attract opportunities.
- 58 | From The Tax Adviser**
Sec. 457(f) plans get helpful guidance
Rules would clarify the types of arrangements that may be currently taxable even while payments are deferred.
- 60 | Tax Practice Corner**
Whether to amend a return
While taxpayers have no duty to correct

an error or omission in a filed return, practitioners must inform them of the consequences.

62 | Tax Matters

- District court reverses emotional distress damages award against the IRS*
IRS warns tax professionals of another email phishing scam
Taxpayers' valuation of land accepted; inability to establish basis limits casualty loss
Taxpayer claims the IRS lost her return; bankruptcy court discharges debt
Streamlined processing of installment agreements is more widely offered
Security Summit introduces 'trusted customer' features
IRS scraps COD 36-month nonpayment testing period

68 | Technology Q&A

This month's column shows how to use different headers and footers within the same Word document, illustrates three ways to calculate an internal rate of return in Excel, and examines email encryption and Gmail security.


74 | Expanding Your App-titude

Stop robocalls to your cellphone with Nomorobo

75 | Inside AICPA

Where to Turn

76 | The Last Word

Janet Wong, CPA, an audit committee chair with ties to Silicon Valley, discusses best practices for CPA audit committee chairs and the expansion of innovation culture beyond Silicon Valley. 



CPE DIRECT

Another major benefit for *JofA* readers
Stay current through the *JofA* and earn CPE credit based on *JofA* articles—with the CPE Direct self-study subscription program. You can earn up to 48 CPE credits a year.
Quarterly CPE Direct study guides combine *JofA* articles with supplementary materials and exams. An annual subscription is \$189 for AICPA members or \$236.25 for nonmembers. For more information or to order, visit aicpastore.com/cpe, or call 888-777-7077.



This symbol identifies articles in the CPE Direct self-study program.



IMPULS

Ein „Verfallsdatum“ für den Aufsichtsrat?

Prof. Dr. Peter Ruhwedel » 173



ASSURANCE

KOMPAKT

Nichtprüfungsleistungen des Abschlussprüfers » 174

IDW Prüfungshinweis ersetzt IDW Positionspapier zur Frauenquote » 174

Grundsätze ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten » 174

Überarbeitung des IESBA Code of Ethics » 175

ANALYSE

Überarbeitung von IDW PS 345 – nur ein (weiteres) Zwischenspiel? –
Auswirkungen der EU-Abschlussprüferreform auf die Unabhängigkeits-
erklärung nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex

Dr. Arno Probst und Lajos Szondy » 176



RECHNUNGSLEGUNG

KOMPAKT

IDW zum Regierungsentwurf eines Entgelttransparenzgesetzes » 182

DRSC-Präsident neuer Vizepräsident des EFRAG-Board » 183

Fragen und Antworten zu alternativen Leistungskennziffern » 183

Integrierte Berichterstattung als Schlüssel für eine bessere Berichterstattung » 183

ANALYSE

BilRUG-Audit-Check – Worauf der Wirtschaftsprüfer bei der Prüfung des
ersten Jahresabschlusses nach BilRUG achten muss

Prof. Dr. Christian Zwirner » 184

Transformation einer Gemeinschaftsunternehmung in eine
gemeinschaftliche Tätigkeit – Bilanzielle Nachzeichnung der
Neueinstufung gemeinsamer Vereinbarungen

Marc Schild » 191



BRANCHEN

KOMPAKT

BilRUG: Auswirkungen auf Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen » 198

Bund-Länder-Arbeitskreis EPSAS veröffentlicht Grundsatzpapier » 198



MANAGEMENT & BERATUNG

KOMPAKT

Beurteilung einer Unternehmensplanung » 199

Bundesregierung zeichnet nachhaltig wirtschaftende Unternehmen aus » 199

ANALYSE

Governance, Risk und Compliance – GRC-Systeme und -Prozesse als
Steuerungsinstrument

Björn Schneider und Kevin Forscht » 200

Equity-Verfahren der Unternehmensbewertung – Problemfelder einer
Nachsteuerrechnung

Prof. Dr. Ralf Diedrich und Prof. Dr. Stefan Dierkes » 204



STEUERN & RECHT

KOMPAKT

Lizenzschranke gegen Steuergestaltung internationaler Konzerne » 213

Besteuerung von Stillhalterprämien und steuerliche Berücksichtigung des
vom Stillhalter gezahlten Barausgleichs » 213

Schadensersatz mindert nicht den Veräußerungsverlust aus Aktiengeschäft » 214

ANALYSE

Welches Wissen des Schuldners führt zur Vorsatzanfechtbarkeit? – Zu den
subjektiven Anforderungen einer Anfechtung nach § 133 Abs. 1 InsO

Dr. Jochen Blöse » 215



SEITENBLICK

ANALYSE

Die Ent-Zifferung der Rechnungslegung – Weniger Zahlen, mehr
nichtfinanzielle Poesie

Sebastian Hakelmacher » 222

StuB

HOFFMANNS STREIFLICHTER

89 **Der Abschreibungsbeginn bei abnutzbaren Anlagegegenständen**

WP/StB Prof. Dr. Wolf-Dieter Hoffmann

STEUER- UND BILANZPRAXIS

91 **Aktuelle Trends im Bilanzsteuerrecht**

Ein Kurzüberblick

WP/StB Prof. Dr. Ulrich Prinz

94 **BEPS-Umsetzungsgesetz 1**

Verkündung des Gesetzes zur Umsetzung der Änderungen der EU-Amtshilferichtlinie und von weiteren Maßnahmen gegen Gewinnkürzungen und -verlagerungen im Bundesgesetzblatt

StB Prof. Dr. Gerrit Adrian, StB Julian Fey und Christian Selzer

100 **Tax-Compliance – auch ein Thema für die Lohnsteuer**
Aktuelle Feststellungen aus Lohnsteueraußenprüfungen und Implikationen für ein funktionierendes Tax Compliance System

WP/StB Anna Margareta Gehrs und StB Cathlen Brügge

106 **Währungsrisiken im handelsrechtlichen Abschluss**
Sicherungsinstrumente und Sicherungsbeziehungen

Dr. Peter Janka, Dr. Martin Roloff und WP/StB Karsten Luce

114 **Erstellung und Beurteilung von Sanierungskonzepten**
FAQ IDW S 6 mit Lösungsansätzen zu offenen Anwendungsfragen

WP/StB Clemens Willeke

PRAXISFÄLLE

118 **Bilanzierung eines Pre-Opening Zuschusses beim Mieter und Vermieter**

WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach

AKTUELL BERATEN

119 **§ 37b EStG: Neues zur Bemessungsgrundlage**

StB Michael Seifert

KURZNACHRICHTEN

121 Keine Ergänzungsbilanz bei Zahlung eines Aufgelds auf die Sondereinlage und nachfolgender Einziehung von Kommanditaktien

121 Ergebnis von Kurssicherungsgeschäften bei Ermittlung des nach § 8b KStG begünstigten Veräußerungsgewinns

122 Nichtprüfungsleistungen des Abschlussprüfers

123 Überentnahmen wegen der Entnahme von Wirtschaftsgütern, die bereits vor dem 1.1.1999 zum Betriebsvermögen gehörten

123 Veräußerung eines Betriebs gegen Kaufpreistraten

123 Keine Besteuerung Alleinerziehender nach dem Splittingtarif

124 Besteuerung der Barabfindung bei einem Aktien-tausch nach Einführung der Abgeltungsteuer

124 Tarifiermäßigung gem. § 34 Abs. 2 Nr. 4 EStG für mehrjährige Tätigkeit: Prämie für einen Verbesserungsvorschlag

124 Vertragsgemäße Kapitalauszahlung bei einem Pensionsfonds der betrieblichen Altersversorgung

125 „Steuerwirksamkeit“ einer Teilwertabschreibung i. S. des § 8b Abs. 2 Satz 4 KStG 2002

125 Drittvergleich nach § 8a Abs. 1 KStG 2002 n. F. (weitergeleitetes Konzern-Darlehen)

126 Gewerbesteuerliche Hinzurechnung von Mietzinsen (Entgelt für Überlassung von Ausstellungsflächen in Messehallen)

127 Vorläufige Festsetzung der Erbschaftsteuer

127 Steuerfreie Übernahme von Verbindlichkeiten

127 Ort der Lieferung bei Versendung über Konsignationslager

VIII Service/Impressum



Merksatz



Literatur



Weblink



Informationen



Audio



Siehe auch



Community



Quelle



Video



Galerie



Berechnung

PiR

FOKUS

- 35 **Die Neuerungen des IASB aus den Annual Improvements to IFRSs des 2014-2016 Cycle**
Änderungen an IAS 28, IFRS 1 und IFRS 12
Prof. Dr. Nadine Antonakopoulos und Prof. Dr. Christian Fink
- 39 **Überleitungsrechnung der bilanziellen Wertänderung von Finanzschulden nach den Amendments zu IAS 7**
Einordnung, Inhalt und Aussagegehalt
Prof. Dr. Hanno Kirsch
- 46 **Möglichkeiten und Grenzen des Geheimnisschutzes in der IFRS-Rechnungslegung**
Auslegungsfragen unter Berücksichtigung nationaler Normen
Mag. (FH) Josef Baumüller und Bang Nguyen, M.Sc.

PRO & CONTRA

- 53 **Signifikante Erhöhung der Ausfallwahrscheinlichkeit?**
PD Dr. Andreas Haaker und WP Dr. Jens Freiberg

IFRS NEWS

- 55 **DPR Tätigkeitsbericht 2016 veröffentlicht**

IFRS AKTUELL

- 56 **Ausgewählte Entscheidungen europäischer Enforcement-Institutionen**
WP Dr. Daniel T. Fischer

KOMPAKTWISSEN

- 58 **Bilanzielle Abbildung von Mietereinbauten (leasehold improvements)**
WP Dr. Jens Freiberg




PRAXISFÄLLE




- 62 **Related Party im Koi-Karpfen-Teich**
WP/StB Prof. Dr. Wolf-Dieter Hoffmann

IFRS UND STEUERBILANZ

- 63 **Bilanzierung von Steuerrisiken**
StB Christian Müller

- VI Verlagsservice/Impressum

-  Merksatz
-  Literatur
-  Weblink
-  Informationen

-  Siehe auch
-  Community
-  Quelle